

Diakonie auf dem Land

Der globalisierte Samariter / Anfänge und Entwicklungsprojekte ländlicher Diakonie / Ein Vorschlag aus Ostdeutschland / Krankenversorgung und Hospizarbeit/ Aussiedler auf neuen Wegen / Goodbye Grundtvig / Bildungs- und Beratungsangebote von klein auf / Jugendwerkstatt und ver-rücktes Golfprojekt / Abhängigkeitserkrankungen

01 / 2007

KIRCHE im ländlichen Raum



» Inhalt

» ZUM THEMA

- 4** Der globalisierte Samariter / Reinhard Turre
9 Anfänge ländlicher Diakonie / Michael Klein
14 Diakonisches Handeln im ländlichen Raum – ein Vorschlag aus Ostdeutschland / Axel Noack
17 Krankenversorgung auf dem Land – eine diakonische Zukunftsperspektive / Peter Bartmann
21 Den Umbruch begleiten. Aus den Weiten Russlands in deutsche Dörfer / Albert Pauly
25 Goodbye Grundtvig – ein Abgesang mit Ausblick / Marcus Döbert

» WERKSTATT

- 31** Bildung von Anfang an – Wunsch und Wirklichkeit im ländlichen Raum / Bärbel Becker / Helga Conrad / Nina Lohr / Angelika Wurth
35 Kleine Sorgen – Große Sorgen. Schulsprechstunde an einer ländlichen Hauptschule / Josette Binder-Wais
38 Jugendwerkstatt – Arbeit mit ländlichen Potentialen / Georg Schnell
41 Deutschlands verrückteste Abenteuer-Golfanlage – Ein innovatives Arbeitslosenprojekt / Joseline Gräbner-Reutter
44 Abhängig erkrankt – mögliche Interventionen / Hubertus Eunicke
47 Die Hospizidee ortsnah verwirklichen / Erich Lange / Hermann Joseph Schwerbrock

» MEINUNGEN

- 51** Diakonisches Handeln in ländlichen Bezirken – Ein Projekt in Württemberg / Reiner Strunk

» RUBRIKEN

- 3** Editorial
28/29 Meditation / Bild: Eberhard Cherdron / Sybille Summerer
54 Unser Kommentar
55 Meldungen
53 Impressum

» Autorinnen und Autoren

- Dr. Peter Bartmann**, Berlin, Referent für Grundsatzfragen der gesundheitlichen Versorgung im Diakonischen Werk der EKD
Bärbel Becker, Fachschule für Sozialpädagogik, Schleswig
Josette Binder-Wais M. A., Psychologische Beratungsstelle der Diakonischen Werke im Neckar-Odenwald-Kreis
Eberhard Cherdron, Kirchenpräsident der Pfalz, Vorsitzender des Diakonischen Rates
Helga Conrad, Evangelischer Kindergarten Garding, Schleswig-Holstein
Pfarrer Dr. Marcus Döbert, Evang. Bildungszentrum Hesselberg
Hubertus Eunicke, Pädagoge (M.A.), Leiter des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Altenkirchen/WW.
Joseline Gräbner-Reutter, Pfullendorf, Vorstandsmitglied des Werkstätte e. V.
PD Pfarrer Dr. Dr. Michael Klein, Theologe und Historiker mit Lehraufträgen in Wuppertal und Heidelberg
Erich Lange, Leiter des stationären Hospiz St. Michael, Koordinator der Hospizbewegung im Kreis Warendorf
Nina Lohr, Rendsburg, Fachberaterin im Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein e.V. (VEK)
Axel Noack, Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (KPS)
Albert Pauly, Dipl. Ing. agr., Altenkirchen, Geschäftsführung des Ausschuss für den Dienst auf dem Lande in der EKIR
Georg Schnell, Dipl. Sozialpädagoge (FH) und Dipl. Sozialwirt (FH), Leiter der Jugendwerkstatt Langenthalheim
P. Hermann Joseph Schwerbrock, Vorsitzender der Hospizbewegung im Kreis Warendorf
Dr. Reiner Strunk, Kirchenrat i.R., Denkendorf
Prof. Dr. Reinhard Turre, Direktor des Diakonischen Werks in der KPS
Angelika Wurth, Rendsburg, Fortbildungs- und Öffentlichkeitsreferent im VEK

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Besuchen wir auch die Schwester-Elisabeth-Kirche?“, fragte mich der Dreizehnjährige aus dem Marburger Land. So sehr verehrte er die örtliche 78-jährige Diakonisse Elisabeth, dass er ihren Namen mit der Grabeskirche der Elisabeth von Thüringen in eins setzte und zur „Schwester-Elisabeth-Kirche“ machte. Denn die Diakonisse hatte ihm als Herumgeschubstem im Ort immer wieder Gegenwelten aufgetan. Ich habe mich damals als studentischer Jugendarbeiter über diese verdeckte (Nächsten-)Liebes-Erklärung des Jungen so gefreut, dass ich sie der Schwester Elisabeth, meiner Hausgenossin, verraten habe.

Am 15. Oktober 1907 erschien erstmalig unsere Zeitschrift unter dem Namen „Die Dorfkirche. Monatsschrift zur Pflege des religiösen Lebens in heimatlicher und volkstümlicher Gestalt“ – kein Anfang, sondern bereits ein Dokument auch längst vorausgegangener ländlicher Diakonie! (vgl. M. Klein)

Die Hefte der letzten Jahre behandelten viele diakonische Impulse: von der Demenzbegleiterin bis zur Dorfhelferin, von der bäuerlichen Familienberatung bis zur „grünen“ Werkstatt für behinderte Menschen. Diese Ausgabe wiederholt die Themen nicht, sondern rahmt sie eher und ergänzt sie um andere Initiativen.

Unter uns geschieht bereits eine Menge Sozialarbeit, oft verdeckt, oft im Vorfeld! Deshalb gilt es, diese vorausgehende Diakonie Gottes im Landalltag zu entdecken, zu würdigen, weiter zu führen. Denn an so vielen kommunikativen Orten ist das Interesse am Nächsten bereits manifest: in der Nachbarschaft, im Verein, im Dorfladen, beim Dorffest, an der Bushaltestelle, im Kindergarten. „Niedrigschwellig“, „vernetzt“ und „ressourcenorientiert“ sollen diakonische Leistungen heute sein. – Aber hat denn Landgemeinde je anders funktionieren können als eben so?!

Freilich brauchen wir heute für das kulturelle Wissen und für die Handlungsbereitschaft in Nachbarschaft und Region Schatzheberinnen und Lotsen.

Als Leserin oder Leser dieser nun 100-jährigen Zeitschrift zählen wir Sie gewiss dazu!

Lassen Sie sich dabei anregen durch die folgenden Hintergründe, Impulse und Modelle!

Ihr
Werner-Christian Jung

Titelbild:
Elisabeth Jung:
Symbolon
(www.
menschengestalten.de)
Foto: Carlo Müller

REINHARD TURRE

Der globalisierte Samariter

Die Straße von Jerusalem nach Jericho ist nach dem Gleichnis Jesu (Lukas 10) zum Symbol geworden für die Gefahren, in die ein Mensch geraten kann. Steil geht es hinab. Schluchten machen das Gelände unübersichtlich. Man weiß nicht, was einen nach der nächsten Wegbiegung erwartet. Auf dieser Straße lässt Jesus die Geschichte spielen, die durch alle Epochen seither zur Hilfe an den Hilflosen angeregt hat. Diese Urgeschichte für diakonisches Handeln muss angesichts der heutigen Gefährdungen neu buchstabiert werden.

VERLETZUNGEN NAH UND FERN

An vielen Orten dieser Welt ist es in den letzten Jahren gefährlicher geworden und steil bergab gegangen. Die Räuber kommen heute nicht zerlumpt daher. Sie stürzen meist nicht plötzlich über die Menschen her. Sie ziehen ihnen nicht nur die Kleidung aus, sondern entziehen ihnen langsam aber sicher die Lebensgrundlagen. Für ihre Schläge benötigen sie ihnen genehme Gesetze und Verordnungen, die sich gegen eine Mehrzahl der Menschen richten. Sie errichten Barrieren und Zäune an manchen Orten sichtbar, oft aber unsichtbar. Sie setzen ihre Kenntnisse ein, um für sich unmaßige Gewinne zu erzielen und rauben so nicht nur einzelne Menschen, sondern ganze Schichten und Regionen aus. Nicht selten gebrauchen sie militärische und polizeiliche Gewalt, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Einige Gruppen schließen sich zusammen, um auch mit den Mitteln des

Terrors andere auszurauben oder anders zu schädigen.

Das Zeitalter der Globalisierung ist angebrochen. Um die Gefahren heute zu begreifen, muss unser Blick in die Weite gehen. Nur dann werden wir verstehen, was die Ursachen für die Verletzungen in der Nähe und in der Ferne sind. Dabei hat die Globalisierung ihre zwei Seiten. Einerseits erfahren wir positiv, dass Grenzen fallen, die Weltwirtschaft wächst und Handelshemmnisse wegfallen. Wir in Deutschland profitieren davon. Die Zahl der Reichen ist gewachsen. Aber die Kehrseite dieser Entwicklung ist uns auch vor Augen: Moderne Formen der Kolonialisierung, weniger durch Staaten als vielmehr durch international agierende Konzerne, maßlose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen mit den Folgen eines bedrohlichen Klimawandels, die Verarmung von immer mehr Menschen in unserem Land und weltweit. Die

Zahl der Armen hat mehr zugenommen als die Zahl der Reichen.

Die Erwartungen an einen global erweiterten Markt erfüllen sich nicht von selbst. Die Privatisierung ist nur wenigen zugute gekommen und die Liberalisierung überfordert die meisten. Sie kommen sich vor, wie der unter die Räuber Gefallene. Heute sind Samariter nötig, die den globalen Zusammenhang begreifen, durch den die Nöte der nahen und fernen Hilfebedürftigen entstehen. Unter dieser Voraussetzung wollen wir uns das Gleichnis Jesu in Erinnerung rufen und es neu verstehen. Mit unseren Erfahrungen und Erwartungen lesen wir die Geschichte aus dem Lukasevangelium im 10. Kapitel in den Versen 25 bis 34 anders als frühere Generationen.

VERSTÄNDNIS FÜR DEN SCHRIFTGELEHRTEN

Ein Mann kommt zu Jesus, den seine weitere Perspektive umtreibt: „Was muss ich tun, dass ich das ewige Leben ererbe?“ Auch heute gibt es wieder mehr Menschen, denen der materielle Erfolg nicht reicht. Sie suchen mehr, als was mit Geld und irdischem Wohlstand zu befriedigen ist. Jesus antwortet nicht gleich mit einer neuen Anleitung zu einem veränderten Lebensstil. Er erinnert an das Gesetz. Wir würden heute sagen: Er erinnert an die jüdisch-christliche Tradition, die prägend für die Entwicklung des Abendlandes geworden ist: „Du sollst Gott lieben und Deinen Nächsten wie Dich selbst.“ Zwei Gebote aus dem Alten Testament verbindet der Schriftgelehrte und hat theoretisch das Wichtigste begriffen: die Verbindung von Gottesliebe und Nächstenliebe.

Die ist in den christlichen Gesellschaften bestimmend geworden, zuerst hier in Europa und dann auch überall dort in der Welt, wo das biblische Zeugnis als verbindlich angesehen wird. Mit dem Christentum kam die grenzüberschreitende Liebe in die Welt, die sich des Menschen in der Not an-

nimmt, wo dies möglich ist. Die Wiederentdeckung der Religion in unserer Zeit hat wohl auch mit der Erfahrung zu tun, dass die Welt ohne Liebe kalt und trotz materieller Fülle leer wird. In Anlehnung an das Hohelied der Liebe des Paulus aus dem 1. Korintherbrief im 13. Kapitel könnte man heute sagen: Auch wenn ich noch so vortrefflich reden könnte, alle Regeln der Rhetorik beherrschte und alle Mittel der Werbung einsetzte – ohne die Liebe wären dies nur hohle Phrasen und trügerischer Schein. Auch wenn ich in Prognosen, Utopie und Planung vorausschauend handeln und alle neuen Erkenntnisse einsetzen würde – ohne die Liebe wären auch meine Erfolge nichts. Ja, wenn ich mich sogar in der Entwicklungshilfe und in heimischen sozialen Programmen engagierte – ohne die Liebe würde auch das mir nichts nützen.

Wo die christlich-jüdische Tradition verloren geht, geht die Liebe verloren, die sich der Menschen in der Not ohne Unterschiede annimmt. Alle wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolge können die Liebe nicht ersetzen. Sie wird dort geweckt, wo der Glaube entdeckt, wie unser Leben über Erfolge und Gewinn hinaus durch Gottes Liebe beschenkt ist. Sie gibt unserem Leben, was wir uns nicht selbst geben können: Vertrauen und Gewissheit, Hoffnung und Zuversicht, Fröhlichkeit und Gelassenheit, Belastungsfähigkeit und Mut. Durch die Liebe Gottes Beschenkte blicken über sich selbst hinaus, öffnen sich für andere und tun für sie, was sie nötig haben. Die von den Mechanismen des Marktes und der Macht getriebene Welt braucht Menschen, die aus Liebe hinsehen, wo andere in Not geraten sind, die wahrnehmen, was sie brauchen und helfen, so weit sie können.

IN SACHZWÄNGEN

Der Schriftgelehrte hat dies wohl alles mit seinem Kopf und Verstand schon begriffen. Er weiß, dass Gottesliebe und Nächstenliebe zusammengehören. Er ahnt, dass mit beiden in sein Leben hineinkommen

würde, wonach er sich sehnt: erfülltes Leben jetzt und ewiges Leben in der Zukunft, die Gott eröffnet. Die Sorge um immer mehr finanziellen Gewinn und die Anstrengung für immer mehr Anerkennung und Macht zerfressen die Substanz des Lebens. Die Liebe aber zu Gott und dem Nächsten empfängt, indem sie sich hingibt und wird auf Dauer reicher, indem sie das Opfer von Zeit und Geld gibt.

Das hat der Schriftgelehrte wohl schon theoretisch begriffen, aber noch hat er nicht gewagt, sein Leben daran auszurichten. Er fürchtet, sich zu verlieren, indem er das auch in die Praxis umsetzt. „Er wollte sich rechtfertigen“ heißt es. Uns gehen unsere eigenen Rechtfertigungen durch den Sinn: Man muss mit den Wölfen heulen. Die Sachzwänge sind nun einmal so. Man muss sich den Gesetzen des Marktes beugen. Sie sind das Recht und das Gesetz, die uns heute zwingen, anders zu handeln als wir eigentlich möchten. Aus der Welt der Stars und der Sternchen, auch der Einflussreichen und Mächtigen kennen wir genug Beispiele dafür, wie viele sich heute entsprechend verhalten. Wie könnten wir es anders halten?

Zu seiner Rechtfertigung wird der Schriftgelehrte theoretisch: „Wer ist mein Nächster?“ Immerhin bleibt er mit seiner Frage noch bei dem, was er aus Gottes Gebot kennt. Aber er weicht aus. Wir können den Mann mit unserer Erfahrung gut verstehen: Die Welt ist komplex und kompliziert geworden. Wir können uns nicht aller Opfer der Globalisierung annehmen. Die Zahl der Erniedrigten und Entrechteten, der Armen und Verwahrlosten ist zu groß. Die durch Kriege und Terror Gefährdeten sind zu viel, als dass ich etwas tun könnte.

DAS GLEICHNIS

Jesus lässt sich auf keine theoretische Diskussion ein. Er wird konkret. Er erzählt die der ganzen Christenheit bekannte Geschichte:

Ein Mann fällt unter die Räuber. Sie ziehen ihn aus, schlagen ihn, lassen ihn halbtot liegen und machen sich davon. Immer wieder zu allen Zeiten, ja täglich wiederholt sich dies in vielen Varianten und an vielen Orten. Menschen werden des Nötigsten beraubt. Sie werden geschlagen und verletzt. Die Verantwortlichen dafür machen sich davon und bleiben im Verborgenen. Kein Tag vergeht, an dem wir dies nicht in den Nachrichten zu sehen und zu hören bekommen.

Die es besser wissen müssten, ein Priester und ein Levit gehen vorüber. Sie nehmen keine Notiz von dem in Not geratenen Menschen. Der des Gesetzes Kundige, sogar der religiös Verpflichtete haben keinen Blick für den, der Hilfe braucht. Sie gehen vorbei und weiter ihren Geschäften nach.

Ausgerechnet ein Samariter aber, unterwegs auf einer Reise, sieht hin und geht hin. Es heißt: Der Verletzte „jammerte ihn“. Man kann auch drastisch übersetzen: „Es drehte ihm die Eingeweide um.“ Dem Fremden geht unter die Haut, was die Einheimischen unberührt gelassen hat. Er lässt sich die Not des Verletzten etwas angehen. Ausgerechnet der Mann aus dem gering geachteten Volk der Samaritaner, der für uns sprichwörtlich gewordene Samariter, tut, was menschlich geboten ist. Auch als Mann aus einer anderen Religion handelt er menschlich, so dass sich künftig viele von diesem Beispiel anregen lassen.

Und da ist auch noch der Wirt, der den Hilfebedürftigen gegen Bezahlung bei sich aufnimmt. Er gewährt die professionelle Hilfe nach den üblichen Tagessätzen.

Der Samariter stellt in Aussicht, dass er wiederkommen wird und zahlen möchte, was noch aussteht.

WER IST DER NÄCHSTE?

Mit dieser bekannten Geschichte antwortet Jesus auf die Frage „Wer ist mein Nächster?“ Er antwortet freilich mit einer Gegenfrage „Wer ist der Nächste dem gewesen, der unter die Räuber gefallen ist?“ Für

» Ich muss mich informieren, mir ein Urteil über meine Möglichkeit der Hilfe und über die Verlässlichkeit der Helfer bilden

den theoretisch fragenden Schriftgelehrten wird die Geschichte von dem praktisch handelnden Samariter zur Rückfrage an sich selbst. Keine theoretische Diskussion lässt Jesus zu. Es gibt auch keine Klage über die unsicheren gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen Räuber auf den Straßen ihr Unwesen treiben. Zu einer persönlichen Einsicht soll der ausweichend Fragende vielmehr kommen: Ich bin selbst der Nächste dem, der mich braucht. Ich soll selbst hinsehen, wo mir auf meinen Wegen Menschen begegnen, die entrechtet und geschlagen wurden. Ich soll wahrnehmen, was sie unmittelbar brauchen an Aufmerksamkeit zur Linderung ihrer Not. Ich muss nicht alles selbst tun, sondern kann sie dorthin bringen, wo sie kundige Hilfe bekommen können. Sicher muss ich dafür auch finanziell etwas einsetzen und wenn ich gut bin, dann komme ich sogar wieder. Ich sehe wie der Samariter im Gleichnis noch einmal nach, was aus den mir Anbefohlenen geworden ist. Ich darf prüfen, ob ich weitere Unterstützung gebe und so für nachhaltige Hilfe Sorge.

HILFE DER GLOBALISIERTEN SAMARITER

Globalisierte Samariter brauchen heute eine Kenntnis von den weltweit wirkenden

Kräften des Marktes. Der Markt ist moralisch blind. Er erzeugt Reichtum und Armut ohne Rücksicht auf Verluste. Deshalb wird es darauf ankommen, den Opfern des Marktes global und lokal Hilfe zuteil werden zu lassen. Die Medien bringen uns außerdem Nachrichten aus den Kriegs- und Krisengebieten unserer Welt. Diese Nachrichten können uns nicht unberührt lassen.

Wer das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter recht verstanden hat, der ist nach seiner persönlichen Verantwortung in den großen, häufig undurchschaubaren Prozessen gefragt. Einiges ist durchschaubar, aber es entzieht sich unserer Einflussnahme. Es ist offenkundig ungerecht, dass zwar über 1 Billion Dollar für den Irakkrieg ausgegeben werden, aber weniger als 100 Milliarden Dollar zur Verfügung stehen, um einen Feldzug gegen die Armut zu führen.

Das Gleichnis hatte zu der Rückfrage geführt: Wem bin ich der Nächste? Meine Möglichkeiten bestehen in den globalen Zusammenhängen wohl nur darin zu prüfen, mit welchen Mitteln ich persönlich zur Linderung der Not beitragen kann. Nichts zu tun, das würde mich dem Priester und Leviten im Gleichnis ähnlich machen. Also schaue ich auf jene, die wie der Wirt im Gleichnis Kenntnisse und Möglichkeiten der Hilfe haben. Auch unsere kirchlichen Hilfsorganisationen, zum Beispiel Brot für die Welt und Diakonie-Katastrophenhilfe, haben längst ein weltweites Netz der Hilfe aufgebaut. Zum Glück sind auch unsere Kirchen weltweite Akteure. Mitarbeiter mit fachlichen Kenntnissen, mit Organisationsgeschick und schon mit einer beachtlichen Erfahrung sind vor Ort tätig. Sie wissen inzwischen auch, wer dort die seriösen Partner sind. Kurzfristige Katastrophenhilfe und die leider nicht ausreichend gewürdigten nachhaltigen Programmen versuchen wenigstens das Notwendigste zur Verfügung zu stellen. Wie wir wissen, sind auch Bildungsprogramme ein bewährtes, weil mittelfristig wirkendes Mittel der Entwicklungshilfe.

MANN AUS FREMDEM VOLK

Inzwischen hat sich bewährt, nicht nur akut einzugreifen, sondern den in Not geratenen Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Zum Friedensnobelpreisträger des vergangenen Jahres ist zu Recht ein Volkswirt gewählt worden, der mit Kleinkrediten an Familien diese in die Lage versetzt, selbst tätig zu werden, um ihren Bedarf an sauberem Wasser und Lebensmitteln selbst zu decken. Ähnliche Programme gibt es bei Brot für die Welt seit Jahren.

Meine Verantwortung für die fernen Nächsten: Ich muss mich informieren, mir ein Urteil über meine Möglichkeit der Hilfe und über die Verlässlichkeit der Helfer bilden, kann dann geben, was ich zur Verfügung habe, und soll nach einiger Zeit nachfragen, was aus meiner Hilfe geworden ist.

An Möglichkeiten der Information mangelt es nicht. Es kommt darauf an, dass wir die weltweiten Ursachen der Not begreifen und sie uns angehen lassen. Wegsehen vergrößert die Ungerechtigkeit und damit die Not dort und hier. Wir besinnen uns, dass auch der Samariter als Mann aus dem fremden Volk geholfen hat, ohne nach Volks- und Religionszugehörigkeit zu fragen.

SAMARITER IN UNSEREM LAND

Mit den Opfern der Globalisierung haben wir es auch in unserem Land zu tun. Inzwischen leben mehrere Millionen Menschen hier lediglich auf dem Niveau von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II. Keiner muss hungern wie anderswo in der Welt, aber zu viele geraten in die gesellschaftliche Isolation. Die besonders gefährdeten Gruppen stehen uns vor Augen, ob wir sie nun Unterschicht nennen oder nicht.

Meine Verantwortung gegenüber den Nächsten hier: Ich will ihnen keine Vorwürfe machen. Auch der Samariter hält dem unter die Räuber Gefallenen nicht vor, warum er die Straße zwischen Jerusalem und Jericho wählte. Aber ich will mich auch

hier informieren, mir klar werden, was die in Armut geratenen Menschen von mir brauchen. Sicher benötigen sei meine Aufmerksamkeit und Achtung mehr als ein paar Euro, dazu Ermutigung zu Bildungsprogrammen, Hinweise auf Arbeitsmöglichkeiten und Kontakte zu Beratungsstellen, die kundig weiterhelfen können. Auch will ich in meiner Kirchengemeinde dafür sorgen, dass wir für sie eine offene Tür behalten.

SAMARITANER, GLOBALISIERT UND NAH

Schließlich bleibt auch für den globalisierten Samariter die Aufgabe, dem wirklich nahe stehenden Menschen beizustehen. Aller wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Fortschritt vermag es nicht, die Gefährdungen durch Krankheit, Behinderung und Alter zu beseitigen. Hier wird hautnah erfahrbar, wem ich Nächster sein kann. Der Einsatz von Ideen und persönlicher Kraft sind hier besonders geboten, vor allem aber die Bereitschaft, Zeit zu opfern. Da muss die Forderung des Terminkalenders einmal zurücktreten. Die unmittelbare Zuwendung hat Vorrang wie auf jener Strasse zwischen Jerusalem und Jericho.

Gewiss muss die Arbeit zur Veränderung ungerechter Strukturen getan werden, Straßen sollen sicherer werden. Gesellschaftliche Veränderungen sind darauf zu richten, dass es weniger Räuber gibt. Aber bei all diesen auch notwendigen Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen mit dem Ziel höherer Gerechtigkeit, darf die persönliche Zuwendung nicht zu kurz kommen. Deshalb ist der globalisierte Samariter auch ein barmherziger Samariter.

<<

Diakonie auf dem Lande –

Ein geschichtlicher Überblick

Während des Zeitalters des Feudalismus waren die Funktionen diakonischen Handelns auf dem Lande klar zugeordnet. Gleichsam subsidiär geschahen sie im Rahmen der Großfamilie und gegebenenfalls der dörflichen Gemeinschaft. Letztere war entweder mit der kirchlichen Parochie identisch oder doch zumindest ein Teil von ihr. Besondere soziale Notfälle wurden deshalb zumeist durch kirchliche Stiftungen in finanzieller Hinsicht aufgefangen, während die Pflege von Hilfsbedürftigen durch Hospitäler, Siechenhäuser und dgl. wahrgenommen wurde. Darüber hinaus bestand selbstverständlich auch für den Guts- bzw. Landesherren eine Verpflichtung gegenüber dem Wohl seiner Untertanen.

VON DEN HAUSVÄTERN BIS ZU OBERLIN

In Notzeiten, etwa nach dem Dreißigjährigen Krieg, mussten herausragende Maßnahmen ergriffen werden, um die buchstäblich brachliegenden Verhältnisse wieder zu bessern. Wiederum fiel eine besondere Aufgabe der Kirche zu. Da die Pfarrer zumeist auch eine Landwirtschaft betrieben, waren sie mit der Problematik der bäuerlichen Existenz bestens vertraut. Der enorme Aufschwung der sog. Hausväter-Literatur in jener Zeit hängt damit zusammen. In diesen Ratgebern wurden den Landleuten bzw. den in den Landgemeinden amtierenden Pfarrern Hinweise für die Steigerung der Ernteerträge, bessere Landbaumethoden usw. gegeben. Zu nennen wären hier etwa das erste deutschsprachige Buch über den Gartenbau von Pfarrer Johann Peschelus aus Eisleben oder die „Oeconomia ruralis et domestica“ von Pfarrer Johann Colerus, die bis ins 18. Jahrhundert zwanzig

Auflagen erlebte. Im 18. Jahrhundert gaben dann aufklärerisch-philanthropisch gesonnene Pfarrer „Natur- und Ackerpredigten“, „Landwirtschaftspredigten“ oder „Kanzelvorträge über die Blatternimpfung“ heraus. Einige Geistliche erreichten durch ihre agrarwissenschaftlichen Forschungen Berühmtheit, etwa der „Kartoffel-Propst“ Lüders in Glücksburg oder der für seine Düngemethode bekannt gewordenen „Gips“-Mayer in Kupferzell. 1781 erhielt ein hinterpommerscher Pfarrer den Preis der Berliner Akademie der Wissenschaften für seine überzeugende Darlegung der Vorteile der Stallfütterung.

Am Übergang von der Aufklärung zur Erweckungsbewegung steht Johann Friedrich „Papa“ Oberlin, der im elsässischen Steintal wirkte. Sein besonderes Verdienst ist die Hebung der ländlichen Infrastruktur, verbunden mit einer Reihe sozialpädagogischer Maßnahmen. Oberlin begründete Strickschulen (Kindergärten) und Volks-

schulen, aber auch eine Baumschule usw. Zur Konfirmation wurden nur Kinder zugelassen, die mindestens sechs Jahre die Schule besucht und zwei Bäume gepflanzt hatten! (Gelegentlich konnte der Zweck die Mittel heiligen, wenn er den dringend notwendigen Straßenbau im völlig von der Außenwelt abgeschnittenen Steintal in einer Predigt damit begründete, dass der Herr sonst bei seiner Wiederkunft keine bereiteten Wege zum Steintal vorfinden werde.)

VON DEN „ARMEN-COMMISSIONEN“ BIS ZU DEN „DARLEHNSKASSEN-VEREINEN“

Mit der sog. Bauernbefreiung Anfang des 19. Jahrhunderts änderte sich die Situation der ländlichen Bevölkerung gravierend. Der Mensch in der bäuerlichen Gesellschaft war nun zwar von den Fronpflichten gegenüber seiner Herrschaft „befreit“ worden, sah sich aber gleichzeitig auch in eine prekäre Selbstverantwortung entlassen, die ihn gerade in Not- und Hungerszeiten schnell finanziell überforderte. Neben der kirchlichen Direkthilfe traten nun oft auch gemischt staatlich-kirchliche „Armen-Commissionen“ etc. helfend ein. Besonders jedoch versuchte hier nun das aufblühende Vereinswesen Hilfestellung zu leisten.

Nachhaltig haben die ländlichen Genossenschaften gewirkt. Der preußische Landbürgermeister Friedrich Wilhelm Raiffeisen unternahm es, durch günstige Kreditvergabe mit seinen Darlehnskassenvereinen die finanzielle Lage besonders der kleinbäuerlichen Betriebe zu stabilisieren und daran anschließende karitative Aktivitäten zu entfalten. Nach verschiedenen Vorformen seit 1846/47 hatte er seit Mitte der 1860iger Jahre die seinerzeit endgültige Fassung der Vereinstatuten entwickelt, in denen besonders der streng auf Kirchspielsgröße beschränkte Vereinsbezirk, die Ehrenamtlichkeit der Vereinsführung sowie die Mitgliedschaft von Pfarrern eine erhebliche Rolle spielten. In dem letztgenannten Punkt sah Raiffeisen „gleichsam die Türe zu den Her-

zen ihrer Pfarrkinder. Sehen diese, dass dem Pfarrer auch ihr äußeres Wohl am Herzen liegt, so werden seine geistlichen Ermahnungen und Lehren einen viel empfänglicheren Boden finden.“

Ein weiteres Merkmal war die unbeschränkte Solidarhaft der Mitglieder, die eine vorsichtige Finanzpolitik förderte und unter dem Motto „Einer für alle – alle für einen“ sprichwörtlich geworden ist. Kernstück der Raiffeisen'schen Darlehnskassen war neben dieser unbeschränkten Solidarhaft jedoch der Gedanke des unteilbaren Stiftungsfonds, eng verbunden mit der Ablehnung von Geschäftsanteilen und Dividenden. Die abschließend von Raiffeisen herausgegebenen Normalstatuten sahen vor: „Der ... zu ermittelnde Gewinn soll ... als Vereinskapital angesammelt werden. Das letztere hat vorab den Zweck, Ausfälle und Verluste des Vereins zu decken. Hat das Vereinskapital eine solche Höhe erreicht, dass der Verein mit eigenen Mitteln wirtschaften kann, so steht es der Generalversammlung zu, über die Zinsen desselben sowie über den ferner eingehenden Gewinn zu gemeinnützigen Zwecken innerhalb des Vereinsbezirkes zu verfügen“.

Wie Raiffeisen sich diese gemeinnützigen Aktivitäten vorstellte, führte er ebenfalls aus: „Der alsdann zu erzielende jährliche Gewinn würde reichlich die Mittel bieten, Einrichtungen zur Hebung der Gesamtwohlfahrt der Bevölkerung, wie z.B. Kleinkinderverwahranstalten, Fortbildungsschulen für die aus der Schule entlassene Jugend, Hospitäler und Krankenhäuser, Asyle für Hilfsbedürftige, altersschwache Personen usw. ins Leben zu rufen.“

VON DER DORFMSSION BIS ZU DEN LANDHELFERINNEN

Die Raiffeisenarbeit hat in dieser Hinsicht bis zum Ersten Weltkrieg zahlreiche Früchte getragen, nicht umsonst ist sie von der Inneren Mission lange Zeit ganz selbstverständlich zu ihren Werken gezählt worden.

Im engeren Bereich der Inneren Mission, die 1848 also fast zeitgleich mit den Ansätzen Raiffeisens entstand, haben besonders Johann Hinrich Wichern und Theodor Fliedner mit dem diakonischen Amt auch in den ländlichen Bereich hinein gewirkt. Zum weitgesteckten Programm diakonischer Arbeit im Rahmen einer Inneren Mission, das Wichern mit seiner Rede auf dem Wittenberger Kirchentag 1848 und der anschließenden Denkschrift entfaltete, gehörte neben der Stadtmission auch die Dorfmission. So findet sich in den Fliegenden Blättern aus dem Rauhen Hause, dem Organ des Central-Ausschusses für Innere Mission, immer wieder auch die Rubrik „Aus der Dorfmission“. Im Jahrgang 1857 konnte aus dem Dorf Kaukenen berichtet werden, „in welchem Kirchdorfe ein Frauenverein sich der Armen und Kranken mit der Beschaffung von Nahrungsmitteln, Kleidung, ärztlicher Hilfe u.s.w. ausdauernd annimmt. Die erforderlichen Fonds, ca. 120 Taler jährlich, werden durch regelmäßige Beiträge der Mitglieder, durch Verlosung gelieferter Handarbeiten und durch ein Concert zusammengebracht. Am Vorabend des Weihnachtsfestes hat dieser Verein noch durch besondere Beisteuer 18 Kinder armer Leute mit einer Christbescherung erfreut, die in vollständiger Bekleidung, Büchern und Esswerk bestand“.

Wichern selbst hat sich dem ländlichen Bereich mit gelegentlichen Initiativen gezielt gewidmet. In den 1860iger Jahren versuchte er den Genossenschaftsgedanken zu stärken; allerdings kam es bald zu einem Zerwürfnis mit Victor Aimée Huber, dem führenden Theoretiker auf diesem Gebiet. Zu Raiffeisen entstand trotz Bemühungen Wicherns kein Kontakt. 1872 initiierte Wichern in Berlin eine „Conferenz ländlicher Arbeitgeber“. Hier wurde ein großes Aktionsprogramm, das u.a. den Bau von Kleinkinderschulen, Fortbildungsschulen, besserer Lehrerbesoldung, Förderung von Spar-, Versicherungs-, und Konsum(d.h. Bezugs)vereinen, Versorgungskassen etc. vorsah, entwickelt.

Nachhaltig gewirkt hat die diakonische Hilfe „vor Ort“ durch die „Brüder“ genannten Diakone aus dem „Rauhen Haus“, besonders aber durch die Diakonissen der von Theodor Fliedner begründeten „Kaiserswerther Diakonie“. Das Werk der als Gemeindeschwestern tätigen Diakonissen kann wohl im historischen Rückblick kaum hoch genug eingeschätzt werden. Begleitend neben diese Arbeit traten seit Ende des 19. Jahrhunderts die „Frauen-Hilfsvereine“, die bald ebenfalls die ländliche Diakonie zu ihren Aufgabenfeldern zählten. Die Rheinische Frauenhilfe begann 1902 mit der Ausbildung von Helferinnen in der ländlichen Krankenpflege, den sog. Dorf- bzw. Landhelferinnen. Die Frauen wurden nach erfolgreichem Abschluss dann von der Kirchengemeinde, bzw. der örtlichen Frauenhilfe angestellt. Die Diakonissen und die Landhelferinnen sind in der Folgezeit die Pionierinnen moderner Kranken-, Gesundheits-, und Säuglingspflege auf dem Lande geworden.

Zu erwähnen bleibt auch die von Wilhelm Löhe in Neuendettelsau begründete Arbeit. Hier war das Dorf nicht nur Ziel- sondern auch Ausgangspunkt diakonischer Tätigkeit. 1853 begründete Löhe die dortige Diakonissenanstalt, 1854 kam ein „Lutherischer Verein für weibliche Diakonie“ hinzu, der nicht nur Diakonissen, sondern auch andere Frauen in der Krankenpflege ausbildete.

VON SOHNREY BIS ZUR „DORFKIRCHE“

Auf die Strukturkrisen der deutschen Landwirtschaft und die damit verbundenen Verwerfungen im ländlichen Sozialgefüge reagierte um die Jahrhundertwende auf originelle Weise Professor Heinrich Sohnrey: Sohnrey arbeitete zunächst als Dorfschullehrer. Hier lernte er vor Ort den Zerfall der überkommenen dörflichen Strukturen kennen, der sich besonders im massenhaften Wegzug aus den ländlichen Gebieten hinein in die Stadt zeigte. In seinem aufrüttelnden Buch „Der Zug vom Lande und die so-

» Am 15. Oktober 1907 erschien die erste Ausgabe der Zeitung. Sie trug den Titel: „Die Dorfkirche. Monatsschrift zur Pflege des religiösen Lebens in heimatlicher und volkstümlicher Gestalt.“

ziale Revolution“ (1894) machte er für diese Entwicklung vor allem den Großgrundbesitz verantwortlich, der seit der sog. Bauernbefreiung immer weitere Güter an sich gebracht habe. Sohnrey stellte dieses Güterlegen in eine Reihe mit dem Verhalten der alttestamentlichen Grundbesitzer, deren Vorgehen der Prophet Jesaja scharf verurteilte (Jes 5,8-10). Die Folge dieser Entwicklungen sah Sohnrey unausweichlich im revolutionären Zusammenbruch der sozialen Verhältnisse. Um dem zu wehren, entwarf er ein weitgespanntes Netz wohlfahrtspflegerischer Aktivitäten, die die ländlichen Verhältnisse günstiger gestalten sollten. Ab 1893 gab er die Zeitschrift „Das Land. Zeitschrift für die sozialen und volkstümlichen Angelegenheiten auf dem Lande“ heraus. 1896 erfolgte dann in Berlin die Gründung der „Centralstelle für ländliche Wohlfahrtspflege“. 1900 erschien in erster Auflage der „Wegweiser für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege“, in dem eine umfassende

Übersicht über soziale Aktivitäten der Wohlfahrtspflege gegeben wurde.

Wohlfahrtspflege war dabei für Sohnrey „nichts anderes, als ein Sammelname für eine Reihe von volkswirtschaftlichen, sozialreformerischen, gemeinnützigen und volkspädagogischen Aufgaben auf dem Lande“.

Während jedoch die Wohltätigkeit eher punktuell auf akute Probleme eingehe, solle hingegen die Wohlfahrtspflege einen „vorbeugenden Charakter“ bekommen. Der alternde Sohnrey hat, obwohl in seiner Arbeit organisatorisch von den Nationalsozialisten lahmgelegt, eine bedenkliche Nähe zu der Blut-und-Boden-Ideologie gezeigt, die einen schweren Schatten auf sein Gesamtwerk wirft.

In Sohnreys Bewegung, in der sich soziales Engagement mit konservativ-romantischen Vorstellungen verband, arbeiteten Pfarrer von Anfang an intensiv mit. Sohnrey erkannte im Verlaufe seiner Arbeit, dass eine umfassende Reform der ländlichen Verhältnisse nur in Zusammenarbeit mit der Kirche erfolgen konnte, da sie im dörflichen Leben eine zentrale Stellung einnahm. Sohnrey fasste deshalb den Plan, ein eigenes Publikationsorgan für dorfkirchliche Angelegenheiten zu begründen. Am 15. Oktober 1907 erschien die erste Ausgabe der Zeitung. Sie trug den Titel: „Die Dorfkirche. Monatsschrift zur Pflege des religiösen Lebens in heimatlicher und volkstümlicher Gestalt. Auf Anregung des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege, herausgegeben von Hans von Lüpke.“ Im Anschluss daran wurde eine Übersicht über das Arbeitsgebiet der „Dorfkirche“ und damit der Bewegung gegeben: „Übersicht unseres Arbeitsgebietes

1. Die religiöse Dorfsitte und -sage. ...; 2. Gegenwärtiges Dorfleben. ...; 3. Dörfliche Gestaltung von Gottesdiensten. ...; 4. Dorfpredigt und Dorflehre. ...; 5. Ländliche Gemeindepflege. ...; 6. Pfarrer und Lehrer ...; 7. Dörfliche Kirchenbauten und Friedhöfe. ...; 8. Auslese ...; 9. Besprechungen. ...“

Die ersten Jahrgänge der „Dorfkirche“ waren stark geprägt von einem volkskundlichen Interesse am Gegenstand. Daneben bot die „Dorfkirche“ eine Fülle von Hinweisen zur Gottesdienstgestaltung und zur ländlichen Gemeindepflege.

VON DORFKIRCHENKURSEN BIS ZUM ADL

Um die Zeitschrift herum gruppierte sich schnell ein Freundeskreis von interessierten Pfarrern und Lehrern, die sich bald auch persönlich gegenseitig austauschen wollten. Zunächst traf man sich im Anschluss an verschiedene Kongresse und Tagungen des Vereins für Ländliche Wohlfahrtspflege, bis das Bedürfnis nach eigenen Veranstaltungen stärker wurde. Es entstand die Einrichtung der Dorfkirchenkurse. Der erste fand 1912 bei Nidda/Hessen statt. Weitgefächert wurden Fragen des ländlichen Dorfpfarramtes erörtert, etwa die „Grundzüge der Dorfpredigt“, „Jugendpflege auf dem Lande“, „Die Presse auf dem Lande“ usw. Der zweite Dorfkirchenkursus 1913 beschäftigte sich dann mit der Bibelarbeit im ländlichen Gemeindedienst und der „seelischen Verfassung unserer Dorfjugend“.

Daneben entwickelten sich als Forum der Freunde der Bewegung die „Dorfkirchentage“ als feste Einrichtungen. Nach lokalen Vorläufern fand 1913 der erste allgemeine Dorfkirchentag in Berlin statt. Der Leiter der „Dorfkirchenbewegung“, der thüringische Superintendent Hans von Lüpke, führte in seiner Begrüßungsansprache aus, „wie wir aus eigener Not unsere Arbeit vor fünfzehn Jahren angefangen, um für unsere pfarramtliche Arbeit mit unseren Gemeinden Fühlung zu gewinnen in der großen Krisis ihres kirchlichen und volkstümlichen religiösen Lebens, wie wir mehr und mehr in ihre Lage und ihr Denken, in die Lebensmächte der Gemeinde uns hineinzu fühlen, hineinzuarbeiten gesucht und wie die Arbeit sich immer weiter ausgebreitet.“ Er konnte nun feststellen, dass „unsere

Sache in erfreulicher Aufwärtsbewegung begriffen“ sei.

Der Erste Weltkrieg sollte dann thematisch auch die Arbeit der Dorfkirchenbewegung dominieren und verändern. Mit einer Fülle von Hinweisen versuchte die Dorfkirche nach der ersten Kriegsbegeisterung in den folgenden Jahren, den Pfarrern Ratschläge für die seelsorglich-diakonische Arbeit zu geben. Die Hinweise bezogen sich auf das Überbringen von Todesnachrichten, die Formulierung von Feldpostbriefen, die Abhaltung von Kriegsbetstunden, die Gestaltung von Kriegerdenkmälern usw.

Die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg sind dann geprägt von einer bedenklichen Nähe zur völkischen Theologie und von einer zunächst mangelnden Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus, bevor 1936 eine Wendung zur Dialektischen Theologie vollzogen wurde. 1941 musste die Dorfkirche kriegsbedingt ihre Tätigkeit einstellen. Der Ausschuss für den „Dienst auf dem Lande“ (ADL) und die Zeitschrift „Kirche im ländlichen Raum“ (zunächst: „Deutscher Dorfkirchenfreund“, dann „Kirche im Dorf“) stehen in der Nachfolge der Dorfkirchenbewegung. <<

» VERTIEFENDE LITERATUR:

- Michael Klein, *Leben, Werk und Nachwirkung des Genossenschaftsgründers Friedrich Wilhelm Raiffeisen*. Dargestellt im Zusammenhang mit dem deutschen sozialen Protestantismus, Köln 1999.
- Michael Klein, *Zwischen Eigenkirchenrecht und Dorfkirchenbewegung. Historische Studien zum Verhältnis von Kirche und Land*, Berlin 2003.
- Walter Koch, *Der Genossenschaftsgedanke F.W. Raiffeisens*, Paderborn/Würzburg 1991.
- Heinzfried Siepmann, *Brüder und Genossen. Ansätze für einen genossenschaftlichen Gemeindeaufbau*, Köln 1987.
- Zeitschrift „Praktische Theologie“ 36 (2001), Thema: Zwischen BSE und Posaunenchor – Kirche auf dem Lande.

Diakonisches Handeln im ländlichen Raum –

Ein Vorschlag aus Ostdeutschland

Zunächst gilt für die diakonische Arbeit im ländlichen Raum Vergleichbares wie für die diakonische Arbeit überhaupt:

Die Zeiten, in denen wir das diakonische Handeln der Kirchengemeinden, getrost und ohne schlechtes Gewissen haben zu müssen, auf diakonische Einrichtungen und Träger übertragen konnten, werden sich so nicht einfach nur fortsetzen lassen. Noch funktioniert das Subsidiaritätssystem in unserer Gesellschaft, so dass die diakonische Arbeit finanziell durch staatliche Zuweisungen abgesichert werden kann.

Dieses System ist ziemlich einzig in der Welt und auch in Europa immer schwerer zu vermitteln. Die besondere Stellung, die die „Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege“ in Deutschland einnehmen, ist einzig und muss, so weit es geht, erhalten werden.

Freilich – und auch das ist zu merken – werden die staatlichen Stützungen zunehmend mit Auflagen an bürokratische Nachweisführung („Dokumentation“) und enge zeitliche Normvorgaben („Fallpauschalen“) versehen, die den Charakter diakonischen Handelns deutlich berühren. Das wird in Zukunft eher zunehmen als weniger werden.

Der alte Grundsatz, dass wir unsere soziale Marktwirtschaft auch dadurch sozial halten, indem wir das Soziale selbst nun gerade nicht der Härte des Marktes aussetzen, wird nicht leicht beizubehalten sein.

STARKER SOZIALSTAAT – DIAKONISCH SCHWACHE KIRCHENGEMEINDE?

Die Frage der Zukunft wird dann ziemlich ungeschminkt lauten:

Haben unsere Kirchengemeinden sich so sehr daran gewöhnt, dass sie für die soziale Wohlfahrt nicht mehr direkt zuständig sein müssen, dass sie gar nicht mehr in der Lage sind, wieder eine mit eigenen Mitteln und eigenen Kräften zu leistende diakonische Arbeit vollbringen können (Nothilfe, Gemeindeschwestern etc.)? Der allumfassende Sozialstaat kann leicht dazu führen, dass das soziale und diakonische Engagement seiner Bürger und auch das der Kirchengemeinden sinkt. Diese Phase haben wir hinter uns. Werden wir es schaffen, im gleichen Maße wie staatliches Eintreten zurückgefahren wird, das soziale Engagement unserer Kirchengemeinden wieder zu verstärken?

Wir können dankbar sein, dass in dieser Frage keine Katastrophenstimmung an-

gesagt ist, aber wir sollten uns als Kirche und Kirchengemeinden langsam darauf einstellen. Das gilt wohl in besonderer Weise für den ländlichen Raum. Die Ausdünnung der Landschaften – auch der kirchlichen Landschaften – macht es nötig, alle Wege zu suchen und zu gehen, die uns möglichst nah und vor allem als Kirche erkennbar bei den Menschen sein lassen. Das geht weit über die eigentlichen sozialen Fragen hinaus. Kirche und Diakonisches Werk sind da auf sehr elementare Weise aneinander gewiesen. Sie werden einander näher rücken müssen, um sich gegenseitig zu stützen, wenn sie im ländlichen Raum mit der Verkündigung und der tätigen Nächstenliebe erkennbar präsent sein wollen. Das dürfte zunehmend schwerer werden, weil wir – genötigt durch die demografische Entwicklung – den ländlichen Raum als immer ausgedünnter erleben. Das führt zu Verwerfungen, zu manchen Traurigkeiten, allerdings auch zu manchem neuen Aufbruch und neuem Engagement.

KIRCHE IM DORF ALS SOZIALDIAKONISCHER BEITRAG

Deshalb wage ich die These, dass diakonisches Handeln unserer Kirche im Blick auf den ländlichen Raum – besonders in Ostdeutschland – darin besteht, diesen Raum möglichst zu stabilisieren, dazu zu helfen, dass Menschen dort gerne leben und ein Zuhause haben. Dazu gehört dann auch die von den Kirchengemeinden zu organisierende Aufmerksamkeit der Menschen aufeinander. Es gilt, ihre Nöte wahrzunehmen und auf vielfältige Weise Hilfe zu leisten. Möglicherweise wird sich immer mehr herausstellen, dass das Zeithaben für andere, der Besuch und das Gespräch auf der Straße mindestens so wichtig sind wie die professionelle Arbeit einer Sozialstation.

Es geht um das Zusammenleben überhaupt. Gerade unter diesem Aspekt ist der sonst ziemlich banal verwendete Satz, man

soll doch die Kirche im Dorfe lassen, zu einem neuen und ganz wichtigen Thema geworden. In aller Regel verwenden wir den Satz im Sinne von „Nun bleib doch mal auf dem Teppich!“ oder „Mach doch nicht die Pferde scheu!“. Mittlerweile konnten wir in Ostdeutschland begreifen, dass dieser Satz einen höchst theologischen Bedeutungsgehalt hat.

Durch Gottes Güte ist unser Kleinglaube im Blick auf die kirchlichen Gebäude im ländlichen Raum deutlich beschämt worden. Überall im Lande haben wir in den letzten Jahren erlebt, dass in einer großen Aufbruchstimmung Kirchen renoviert worden sind, obwohl man manchmal auch die Frage haben konnte, ist das eigentlich angesichts der schwindenden Bevölkerung sinnvoll und nötig. Die Menschen, die sich mit Engagement dieser Aufgabe gestellt haben – und mehr als die Hälfte davon gehören vermutlich nicht zu unserer Kirche – sehen das absolut nicht so. Sie erleben, dass aus ihren Dörfern immer mehr Einrichtungen verschwinden (Gaststätte, Bäcker, Konsum, Arztpraxis, Pfarrhaus usw.) und sie halten daran fest, dass wenigstens die Kirche im Dorfe bleiben soll. Da ist mittlerweile viel passiert und das ist ein wichtiger und nötiger sozialdiakonischer Beitrag für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

TOTENGELÄUT ALS DIAKONISCHES ZEICHEN

Aber damit ist es noch lange nicht genug. Wir durften die Erfahrung machen, dass ganz viele Menschen in den kleinen Dörfern sich z. B. daran beteiligt haben, dass die Kirchen neue Glocken erhalten haben bzw. das Geläut der Kirche erneuert worden ist. Es ist gar nicht leicht, die Frage zu beantworten, warum die Menschen gerade dieses tun. Allein künstlerische oder historische Interessen spielen da sicherlich nicht die wichtigste Rolle, sondern es geht den Menschen darum, dass sie sich doch noch eine andere Dimension, nämlich auch

die Beziehung zu dem, was über unser irdisches Leben hinausreicht, bewahren wollen. Das tun sie durchaus mit sehr unbestimmten und manchmal auch nicht klar zur Sprache zu bringenden Gedanken. Dennoch sehen sich unsere Kirchengemeinden zur Zeit ganz häufig mit der Frage konfrontiert: „Nun haben alle im Dorf Geld für die neuen Glocken gegeben, sollten die Glocken nicht auch läuten, wenn jemand stirbt, der nicht zur Kirche gehört?“. Jeder, der in der Kirche zu Hause ist, wird sofort errahnen, welcher Sprengstoff hinter dieser Frage schlummert. Das wird in unseren Kirchenvorständen und Gemeindegemeinderäten nicht so leicht zu akzeptieren sein oder doch zumindest auf schwere Bedenken stoßen. Dennoch, denke ich, wäre es ein gutes und für mich auch diakonisches Zeichen, wenn es unsere Gemeinden schaffen würden, nun sehr offensiv und öffentlich mitzuteilen, dass sie schon bereit sind, die Glocken zu läuten, wenn ein Mensch im Dorf gestorben ist. Freilich müssen sie auch deutlich machen, dass Glocken zum Gebet rufen und dass alle die, die beten können, nun auch für den oder die Verstorbene beten wollen und sollen. Alle anderen sollen wenigstens an ihn und seine Familie denken. Das gilt es offensiv zu kommunizieren. Damit würden die Kirchengemeinden einen „diakonischen Beitrag“ leisten zum Thema unserer Bestattungskultur, denn die ist schon jetzt und wird in Zukunft noch stärker von Umbrüchen und Veränderungen betroffen, auch wenn das möglicherweise im ländlichen Raum noch nicht so deutlich zu spüren ist.

Auch an den Beerdigungen zeigen sich die wirklichen Auswirkungen demografischer Veränderungen in unserem Land. Durch das zunehmende Alter der Menschen werden zwangsläufig die Teilnehmerkreise bei Bestattungsfeiern immer kleiner, was dann schon in den Städten dazu führt, dass manche Verstorbene ohne jede Feier – sei es kirchlich oder weltlich – zu Grabe

getragen werden. Und dann ist der Schritt zur anonymen Grabanlage auch nicht mehr weit. Es wäre also in diesem Sinne ein Ausdruck gesellschaftlicher Diakonie, wenn wir uns als Kirchen dazu verstehen könnten, deutlich etwas für den Erhalt einer Bestattungskultur beizutragen. Unsere Räume, unsere Glocken und unsere kirchlichen Friedhöfe, die wir auf den Dörfern ja noch in großer Zahl haben, wären dafür ein guter Ausgangspunkt und hilfreicher Beitrag.

KLARER BLICK UND GEISTLICHE KRAFT

Das mag auf den ersten Blick ein weit hergeholtes Beispiel sein, kann aber zeigen, dass diakonische Tätigkeit sich zukünftig in besonderer Weise der Gestaltung des Zusammenlebens der Menschen widmen müssen.

Vor Gott und den Menschen für andere einzutreten, bleibt eine der vornehmsten diakonischen Aktivitäten, die wir den Menschen um uns her zu leisten schuldig sind. Das geschieht auf ganz unterschiedliche Weise:

- » indem wir praktisch und handfest denen helfen, die Hilfe nötig haben,
- » indem wir für sie stark sind und für die Stummen unsere Stimme im gesellschaftlichen Diskurs erheben,
- » indem wir ihre Nöte vor Gott bringen und für sie beten.

Aus alledem setzt sich unser diakonisches Handeln zusammen. Hoffentlich haben unsere Gemeinden einen genügend klaren Blick, diese Situation zu erkennen und ausreichende geistliche Kraft zu solchem diakonischen Aufbruch. <<

Krankenversorgung auf dem Land –

Eine diakonische Zukunftsperspektive

Für die Krankenversorgung in Deutschland gibt es wenigstens zwei kritische Faktoren, von denen ländliche Regionen sehr viel stärker beeinflusst werden als Städte und Ballungsräume. Der erste Faktor sind die zu niedrigen Geburtenraten, die mittelfristig zu einem Bevölkerungsrückgang und bereits jetzt zu einem höheren Anteil der alten Menschen an der Gesamtbevölkerung führen.¹ Der zweite Faktor ist ein mittelfristiger (langfristig vermutlich korrigierbarer) Mangel an Gesundheitsfachkräften.²

1. DURCH DEMOGRAPHIE UND FACHKRÄFTEMANGEL HERAUSGEFORDERT

In einigen Regionen Ostdeutschlands sind die Auswirkungen aufgrund besonderer regionaler Effekte bereits jetzt zu spüren: Jüngere Menschen verlassen ihre Herkunftsregionen auf der Suche nach Erwerbsarbeit, die ältere Bevölkerung bleibt vor Ort und muss mit einer reduzierten wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur leben. Die Wege zum Arzt und ins Krankenhaus werden weiter, Facharztkontakte sind nur unter erschwerten Bedingungen herzustellen und spezialisierte Leistungen sind gar nicht mehr in der Nähe des Wohnortes verfügbar. Krankenhäuser können Arztstellen nicht besetzen, ältere Ärzte geben ihre Praxis auf, und Kommunen bemühen sich, mit besonderen Vergünstigungen einen Arzt zur Niederlassung zu gewinnen. An einigen Orten gibt es bereits jetzt Grund zur Besorgnis, z. B. wenn pflegebedürftige Menschen einen Facharzt konsul-

tieren und nicht selbst zu ihm kommen können.³

Allerdings sind die derzeitigen ländlichen Versorgungsstrukturen nicht aufgrund des aktuellen oder künftigen Bedarfs geplant, sondern verdanken sich historischen Entscheidungen.

Gesundheitliche Versorgung war – und ist – also ein komplexes öffentliches und privates Gut, das unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten und Leitbildern gewünscht, geplant, erbracht und bezahlt wird – und zwar von einer Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichsten Interessen: Die drei einflussreichsten Akteure sind bislang die Gesetzlichen Krankenkassen, die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Bundesländer, die die Krankenhausplanung verantworten. Da die Leistungen der Gesetzlichen Krankenkassen gegenwärtig und künftig eher Einschränkungen erfahren, wird der private Konsum von Gesundheitsleistungen (des wohlhabenderen Teils der Bevölke-

rung) an Einfluss auf die Versorgungsstrukturen gewinnen.⁴ Die Versorgungsstrukturen hängen künftig also stärker als bisher von der Wirtschaftskraft der Region ab; außerdem ist künftig mit größeren individuellen einkommensabhängigen Unterschieden in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung zu rechnen.

2. DIE PERSPEKTIVEN VON DIAKONIE UND KIRCHE

Die diakonische Perspektive auf die Krankenversorgung im ländlichen Raum ist geprägt von den verschiedenen Aufgaben, die diakonische Träger im Gesundheitswesen übernommen haben. Zu diesen Aufgaben zählen der Betrieb von ambulanten Pflegediensten, Pflegeheimen, Einrichtungen der Behindertenhilfe und Krankenhäusern, Angebote für suchtkranke und psychisch kranke Menschen u.v.m. Dabei sind große regionale Unterschiede zu verzeichnen, die sich ganz unterschiedlichen Ursachen verdanken. Auch die Art und Größe der Träger ist regional sehr unterschiedlich: In Schwaben gibt es eine Vielzahl „kleiner“ lokaler diakonischer Träger in Franken sind mit „Rummelsberg“ und „Neuendettelsau“ traditionell zwei sehr große Träger tätig.

Bei den Rahmenbedingungen diakonischer Arbeit ist die Entwicklung im Osten Deutschlands zwar nicht verallgemeinerbar, bietet aber doch Hinweise für zukünftige Herausforderungen in ganz Deutschland. Zu den Trends der Bevölkerungsentwicklung gehören auch der Mitgliederschwund der evangelischen Landeskirchen und, als Folge, ihr schrumpfendes Kirchensteueraufkommen, das kaum Spielraum für Aktivitäten außerhalb des engsten kirchlichen Rahmens lässt. Bereits in den vergangenen Jahren haben Kirchengemeinden aus finanziellen und organisatorischen Gründen ihre diakonischen Aktivitäten zunehmend an freie diakonische Träger übertragen. Diese finanzieren ihre Arbeit im wesentlichen durch Entgelte der verschiedenen Zweige

der Sozialversicherung bzw. öffentliche Zuwendungen. Infolgedessen ist das Leistungsspektrum diakonischer Arbeit wesentlich von den fachlichen und ökonomischen Anforderungen bestimmt, die Kranken- und Pflegekassen, Sozialhilfeträger und Kommunen formulieren. Entsprechend der rückläufigen Kirchenmitgliederzahlen verringert sich auch der Anteil der Kirchenmitglieder in der Mitarbeiterschaft diakonischer Einrichtungen und Dienste.

Dies sind Faktoren, die vor dem Hintergrund einer idealisierten Vergangenheit als Kennzeichen der „Entfremdung“ zwischen Kirche(ngemeinde) und Diakonie beschrieben werden. Das Paradox im Verhältnis von Kirche und Diakonie besteht darin, dass die evangelische Bevölkerung der Diakonie als Arbeit der Kirche große Bedeutung beimisst, auf der Arbeitsebene aber nicht nur Arbeitsteilung, sondern institutionelle Abgrenzung zu beobachten sind.⁵

Um diakonische Handlungsoptionen in der Krankenversorgung auf dem Land zu prüfen, ist es also notwendig, die Aufgaben herauszukristallisieren, die in Kirche und Diakonie als originäre und unvertretbare Aufgaben angesehen werden. Dabei ist zwischen der Perspektive engagierter Gruppen in und im Umkreis der Kirchengemeinden und der Perspektive diakonischer Sozialunternehmen zu differenzieren.

3. DIAKONISCHE OPTIONEN FÜR DIE KRANKENVERSORGUNG DER ZUKUNFT

Diakonie als christlicher Dienst an kranken Menschen ist nicht in erster Linie moderne, arbeitsteilige Dienstleistung, sondern die Aufgabe der christlichen Gemeinde und ihrer Mitglieder, kranken Menschen mit den verfügbaren Ressourcen beizustehen. Der Beistand muss nicht die Form therapeutischen und pflegerischen Handelns haben, sondern wird auch in Seelsorge, alltagspraktischen Hilfen und psychosozialer Begleitung bestehen und enthält oft auch ein politisches Moment, wenn nämlich bis-

lang unbefriedigte Bedürfnisse im Gemeinwesen zur Sprache gebracht werden und Lösungsansätze im politischen Raum ausgehandelt werden.⁶

Der Bezugspunkt diakonischer Arbeit ist heute das Gemeinwesen mit seinen unterschiedlichen Interessengruppen, Bedarfen und Ressourcen. Im Gemeinwesen sind Kirchengemeinden und diakonische Träger Akteure unter anderen, mit denen ausgehandelt werden muss, welche Formen der Krankenversorgung notwendig und geeignet sind. Die Diakonie tritt – auch in kritischer Aufarbeitung ihrer „Anstalts“-Geschichte – für wohnortnahe und personzentrierte Hilfeformen sowie ambulante, ja sogar aufsuchende Versorgungsstrukturen ein, die die Ressourcen der Patienten einbeziehen.

Damit ist nicht festgelegt, wo die in der Regel kurze Krankenhausbehandlung stattfindet. Wichtiger ist es, dass die Versorgungskette vor und nach einem „Eingriff“ möglichst am Lebensmittelpunkt des Patienten orientiert ist. Nach einem Schlaganfall soll vorrangig die Rückkehr in das (evtl. veränderungsbedürftige) häusliche Umfeld angestrebt werden. Dies kann z.B. dadurch erreicht werden, dass nicht nur der Pflegedienst, sondern auch ein Rehabilitationsteam nach Hause zum Patienten kommt, um mit dem Betroffenen und seiner Familie zu klären, wie ein eigenständiges Leben unter Einbeziehung des Umfelds des Patienten, ggf. auch freiwilliger Helfer aus der Nachbarschaft wieder möglich wird. Auch bei einer psychischen Erkrankung soll sich die Organisation der Therapie und Eingliederung an den tragfähigen Lebensvollzügen des Patienten orientiert, und nicht umgekehrt. Eine solche ambulante und aufsuchende Krankenversorgung ist nur in Zusammenarbeit mit vielen verschiedenen Akteuren möglich, angefangen bei den niedergelassenen Ärzten und Therapeuten sowie den Krankenhäusern über Pflegedienste, Wohnformen mit einem abgestuften Leistungsangebot bis hin zu Selbsthilfegruppen und freiwilligen Helfern.

Zu den Aufgaben der Diakonie in diesem Verbund von Leistungen werden, wenn man von ihrer Tradition ausgeht, die Pflege, die hauswirtschaftliche Unterstützung, Beratung von Patienten und Angehörigen, die Bereitstellung von Wohnangeboten und – in Zusammenarbeit mit den Kirchengemeinden – die Organisation von Nachbarschaftshilfe und freiwilligem Engagement zählen. Ob auch die Krankenhäuser sich für die ambulante Versorgung öffnen sollen, ist eine politisch sehr umstrittene Frage. Sie könnten aber zu regionalen Gesundheitszentren werden, in denen auch Teile der ambulanten fachärztlichen Versorgung geleistet werden. Erste Schritte in diese Richtung sind medizinische Versorgungszentren oder Ärzthäuser am Krankenhaus. Außerdem intensivieren viele diakonische Häuser die Zusammenarbeit mit Diakoniestationen und diakonischen Pflegeheimen, um so die Nachsorge nach der Entlassung aus dem Krankenhaus mitzugestalten.

Angesichts zunehmender Einkommensunterschiede und größere Eigenanteile bei den Krankheitskosten wird eine nach biblischem Vorbild armutsorientierte Diakonie künftig stärker darauf hinwirken müssen, dass auch kranke Menschen mit geringem Einkommen bedarfsgerecht versorgt werden.

4. WOHNORTNAHE PROFESSIONELLE DIENSTE UND „LAIENHILFE“

Im ländlichen Raum kann eine wohnortnahe Versorgung nicht durch eine Verdichtung der professionellen Infrastruktur erreicht werden, wenn durch den Bevölkerungsrückgang die Ressourcen für diese Infrastruktur fehlen. Deshalb stellt sich hier in besonderem Maße die Aufgabe, die begrenzten professionellen Ressourcen mit Selbst- und Laienhilfe zu verbinden, wie dies auch der Tradition ländlichen Zusammenlebens entspricht. Der so genannte Hilfe-Mix ist allerdings nicht unumstritten. So ist unklar, welche Aufgaben von Laien

verlässlich übernommen werden können. Auf der einen Seite wird die Hoffnung geäußert, die gesundheitliche Versorgung im Netz der Selbst- und Laienhilfe humaner zu gestalten,⁷ auf der anderen Seite werden Befürchtungen vor einer „Deprofessionalisierung“ laut, die zu einer Unter- und Fehlversorgung der Kranken führe. Im ländlichen Raum werden die Vor- und Nachteile dieser Entwicklung vermutlich nicht akademisch debattiert, aber in der Praxis erprobt werden. Dabei gibt es sehr unterschiedliche Varianten des Hilfe-Mix, die v. a. von der sozialen Struktur der Kommune und Region und der Bereitschaft der Bevölkerung abhängig sind: So kann die Laienhilfe in der Pflege z.B. Familienselbsthilfe und Nachbarschaftshilfe, geschultes freiwilliges Engagement oder die Beschäftigung von Haushaltshilfen aus Nachbarländern bedeuten, was sich sehr unterschiedlich auswirken kann.

AUSGESTALTUNG EINES HILFE-MIX

Zusammen mit der Kirchengemeinde werden diakonische Träger sich für eine Ausgestaltung des Hilfe-Mix einsetzen, die bei den Bedürfnissen der Patienten einsetzt, die vor Ort verfügbaren sozialen, kulturellen und finanziellen Ressourcen einbezieht und einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten gewährt. Dabei gilt es auf der einen Seite, der Tendenz zur Ausgrenzung kranker und behinderter Menschen in der Kommune entgegenzuwirken. Auf der anderen Seite darf auch die Versorgung der Kranken nicht absolut gesetzt werden: Eine hohe Pflegequalität, die auf der Ausbeutung von Pflegekräften beruht, ist keine akzeptable Lösung.

Der ländliche Raum ist aufgrund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung dazu prädestiniert, eine wohnortnahe gesundheitliche Versorgungsstruktur zu entwickeln, in der professionelle Hilfen eine etwas geringere Rolle spielen als in den Zentren und Ballungsräumen. Für die

Mehrheit der Bevölkerung dürfte daraus kein gesundheitlicher Nachteil folgen, sondern eher die Chance eines weniger medizindominierten Lebens. Bei einer schweren Erkrankung, beim Zusammentreffen mehrerer Erkrankungen – auch mit Pflegebedürftigkeit – sind die länger werdenden Wege zum Arzt usw. rasch sehr belastend. Deshalb sollten diakonische Träger bei der Wahl künftiger Standorte für Wohneinrichtungen die gesundheitlichen Versorgungsstrukturen von vornherein berücksichtigen.

<<

Der Originalbeitrag wurde für den Druck redaktionell gekürzt.

» ANMERKUNGEN

- 1) Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2006), Demographiemonitor, Bd. 1, 259 ff.; 300-302.
- 2) Vgl. Rechel B u.a. (2007), The Health Care Workforce in Europe.
- 3) Vgl. Hallauer, J. u.a. (2005) SÄVIP – Studie zur ärztlichen Versorgung in Pflegeheimen, Hannover: Vincentz Network, 34-37.
- 4) Vgl. die von der Unternehmensberatung Ernest & Young (2004) veröffentlichte Studie „Gesundheitsversorgung 2020“, (S. 94 f.), in der das Szenario einer staatlich normierten Grundkrankenversicherung mit privaten Zusatzversicherungen durchgespielt wird.
- 5) Vgl. Engelhardt, K. u.a. (Hg) (1997), Fremde Heimat Kirche. Die dritte EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 177.
- 6) Vgl. dazu den Artikel „Diakonie. IV. Sozialethisch“ in RGG 4 Bd. 2 (1999), 797.
- 7) Vgl. Dörner, K. (2003), Die Gesundheitsfalle, 23 ff.

Den Umbruch begleiten:

Aus den Weiten Russlands in deutsche Dörfer

Angekommen in Hannover mit dem Flieger aus Moskau oder von noch weiter her, aus Kasachstan, Usbekistan und gelandet im Übergangwohnheim Friedland. Dann ging es irgendwann weiter nach Unna/Westfalen, um schließlich z.B. in Essen, Düsseldorf, Koblenz, Kastellaun, Altenkirchen oder in Hamm/Sieg eine längere Bleibe zu finden. Meist sind es ganze Familien mit drei oder vier Generationen, die sich hier finden. Manchmal treffen dann auch die Nachbarn aus der alten Heimat hier ein oder sind gleich mitgekommen. Großmutter oder Großvater hatten vor Jahren den Ausreiseantrag gestellt. Er lag dann im Amt. Welche Wege er zu nehmen hatte, niemand weiß es. Aber die örtlichen Behörden und alle offiziellen Stellen hatten es gehört:

„WIR WOLLEN FORT“

Alle Freunde und Kollegen/Bekannte wussten bald auch von dem Antrag, natürlich auch der Arbeitgeber und die Schule. Ab nun keine Hilfe mehr, keine Förderung, nur noch große Zurückhaltung. Opa und Oma konnten (vielleicht) noch ganz gut Deutsch, aber alle anderen mussten lernen, lernen. Leider fehlte dann aber oft die Ausdauer, das Durchhaltevermögen im Alltag.

Nun folgte der Papierkrieg mit Ablehnung, Vorladungen und schließlich die Bewilligung. Am Ende stand die Wartezeit auf den Reiseternin. Vorher musste das Haus, der Hof, die Tiere verkauft oder abgegeben werden an die, die bleiben – vorläufig vielleicht. Dazwischen Nachrichten verarbeiten:

Arbeitslosigkeit in Deutschland, teure Wohnung, Sprachtest, Ausländerfeindlichkeit.

„DA WOLLT IHR HIN?“

Der Abschied kommt, ist vollzogen: Hannover – Friedland – Unna – Köln – Höhenberg – Vingst. Es hat insgesamt vier Monate gedauert. Nun im Übergangwohnheim unter „bescheidenen Bedingungen“. Zum Glück sind hier viele Menschen mit der eigenen Sprache. Sie geben Tipps, interessieren sich persönlich für die Herkunft, die Geschichte, die Familie, die Wünsche und nennen Kontakte, die für den Kindergarten, die Schule, die Meldebehörde, das Arbeitsamt usw. wichtig sind. Nun geht es

also los, das „Neue Leben“. Aber wie schwer das alles ist:

DIE SPRACHE

Ich verstehe nicht. Ich kann nicht sagen, was ich will – ich weiß aber, was ich sagen müsste, jedoch nur auf russisch! Aber – wollen die mich überhaupt verstehen? Nehmen sie sich die Zeit? Wie muss ich den Antrag ausfüllen? Warum hat hier niemand Zeit? Langsam wird deutlich, wir müssen selber wollen, selber was tun.

Welche Schule, welcher Lehrer? – Mutter kommt mit!

Einkaufen: Mutter und die großen Kinder erledigen das!

Kindergarten: Mutter oder Oma/Opa gehen mit, wenn Max oder Lena dorthin müssen.

Sie lernen langsam die Straßen, die Menschen und auch die Sprache sprechen – die Kinder am schnellsten. Am schwersten mit der Sprache haben es die Männer, wenn sie keine Arbeit finden.

Die Jugendlichen haben Sonderprobleme: Sie wollen doch groß sein, erwachsen. Sie denken sich ihren eigenen selbstständigen Weg, je älter, desto stärker wollen sie frei sein. Jeden Tag mehr, wie zu Hause in Russland. Aber sie sind gefesselt in der Sprachlosigkeit und in der Unsicherheit der Heranwachsenden. Was die Großeltern sagen, denken oder tun ist dann oft nicht akzeptabel. Und die Meinungen der Eltern: Man muss hören – aber ist es wichtig?

„Was wichtig ist, höre und sehe ich im Fernsehen, in der Schule oder wenn ich mit Freunden unterwegs bin. Schicke Kleidung, ein Auto und Geld verdienen – aber meine Sprache ist schlecht, da lachen die über mich, und dann sprechen wir eben russisch“. Freunde haben sie, aber selten Einheimische.

„Wenn sie aus der Schule kommen, sind sie müde. Sprache lernen ist Arbeit und macht müde. Zu Hause wird russisch gesprochen. Vater oder Mutter können

schlecht deutsch. Der Sprachkurs kam zu spät oder war zu kurz. Mit der Arbeit hat es auch nicht so geklappt. Die Eltern sind also zu Hause und müssen nicht Deutsch sprechen. Deshalb können sie es auch nicht.“ In Russland sind sie manchmal oder nie in die Kirche gegangen.

In Deutschland wurden sie gefragt: Evangelisch oder katholisch? „Wir haben evangelisch gesagt, aber haben nie damit etwas gemacht. Hier ist der Gemeindepastor bei uns gewesen und hat auch gesagt, dass wir in die Kirche kommen sollen. Wir haben wenig verstanden und kannten auch die Lieder nicht.“

Sie haben also wenig Gelegenheit, mit den Menschen von hier zu sprechen. In Russland hatten sie Tiere, einen Garten, ein Feld, also viele Möglichkeiten. Sie hatten sich einen Beruf ausgesucht, etwas gelernt und gearbeitet. Hier können sie kaum in ihrem alten Beruf, in ihrem alten Tätigkeitsbereich eine Anstellung finden und auch selten Tiere halten.

LANDERFAHRUNGEN ALS BINDEGLIED

Es gibt viele Aussiedler in Deutschland, vor allem aus Russland (GUS) und Polen. Die großen Zuzüge sind in dem vergangenen Jahrzehnt erfolgt. Leider sind die Begleitprogramme zur Förderung der Integration von politischer Seite nicht ausreichend und dauerhaft genug realisiert worden. In vielen Kommunen und Kirchengemeinden wurden die Chancen einer neuen Entwicklung mit den Neubürgern nicht erkannt oder gewollt. Hier hat die Evangelische Kirche im Rheinland seit Jahren Hilfe und Initiativen entwickelt. Als Beispiel für ein langfristig gedachtes Konzept ist die Arbeit der Evangelischen Landjugendakademie, Fachbereich Landvolkshochschule Rheinland, Altenkirchen, zu sehen. Sie arbeitet als Heimbildungsstätte mit Hilfe festangestellter pädagogischer Fachkräfte mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, vor allem aus ländlichen Lebenszusammen-

» Diese Jugendlichen empfinden die Krise in ihrem eigenen Leben als emotional besonders belastend.

hängen. Die Kursangebote beziehen sich wesentlich auf Fragen, die sich aus Umbruchsituationen im Lebensrhythmus ergeben. Ausgangspunkt dieser Arbeit war in der Vergangenheit die Arbeit mit und für die Jugendlichen aus der Landwirtschaft, die im Zuge des Strukturwandels und der Industrialisierung neue Orientierung brauchten für das Leben außerhalb der Dörfer und der traditionellen Berufe. Der Strukturwandel in den Dörfern schreitet auch heute noch fort, allerdings ist er nicht wie seinerzeit mit einer spezifischen Orientierungssuche verbunden. Vielmehr hat die heutige Orientierungssuche die gesamte Industriegesellschaft erfasst. Hilfen in Zeiten der Umbrüche werden in Ländlichen Heimvolkshochschulen nicht nur für die Landbevölkerung angeboten. Diese Einrichtungen sind Bildungsstätten, Orte der Besinnung, der Reflektion, der Ruhe und des Austauschs auf der Suche nach der eigenen Identität, nach dem eigenen Standpunkt. Die Umbruchsituation ist eine Zeit der Besinnung, die zur Kraftquelle für Menschen werden kann. Leben und Lernen unter einem Dach mit der Gruppe und den „Lehrern“, der Austausch von Meinungen und Erfahrungen mit Gleichaltrigen erhält ein besonderes Gewicht. Die Generationen übergreifende Arbeit im Fachbereich bietet

sich als besondere Chance der Begegnung sowohl mit den Aussiedlerjugendlichen als auch mit den -familien und den Einheimischen an. Jährlich finden auf diese Weise in Altenkirchen acht bis zehn Seminare à fünf bis sechs Tage mit insgesamt ca. 300 Teilnehmenden statt. Auf dem Hintergrund der langjährigen Erfahrung in dieser Einrichtung mit den oben genannten Entwicklungen und Besonderheiten des Lebens in ländlichen Zusammenhängen lassen sich die Aussiedlerfamilien gerne auf Gespräche über eigene Familienstrukturen, über Lebensverhältnisse in Umbruchsituationen im Allgemeinen und im Besonderen ein und auf Fragen des Wertewandels innerhalb der eigenen Familie und in der Gesellschaft ein. Der Rückbezug auf ihre oftmals ländlich geprägten Wertorientierungen und Verhaltensweisen bietet ihnen immer wieder Anknüpfungspunkte an eigene Lebenserfahrungen und neue, in Deutschland erlebte Anforderungen und „Zumutungen“.

DER BAUM AM FLIEGER

Ausgehend von diesen eher familienbezogenen Seminaren mit den Aussiedlern sind Seminare mit Aussiedlerjugendlichen und jungen Erwachsenen von besonderer Bedeutung in der Integrationsarbeit. Diese Jugendlichen empfinden die Krise in ihrem eigenen Leben als emotional besonders belastend. Die methodisch-didaktischen Mittler der Verständigung in der Arbeit sind oft Bilder, Kollagen und eigene bildnerische Darstellungen in der dafür zur Verfügung stehenden Werkstatt. Sie helfen Eindrücke, Informationen und Erfahrungen zu vermitteln, besonders dann, wenn die verbalen Fähigkeiten begrenzt sind. Darüber hinaus helfen sie, angstfreie Situationen zu schaffen und die Sprachfähigkeit zu fördern. Ein Jugendlicher (16 Jahre) z.B. zeichnet ein Flugzeug, dann darunter einen Baum (mit Laub und Wurzeln), verbindet beide mit einem Strick und sagt: „Der Baum bin ich. Er ist von Kasachstan nach Hannover geflo-

gen und hat seinen Boden verloren.“ So beschreibt er die gefühlte Aussiedlung, die seine Eltern für ihn mitbeschlossen hatten. Es sind immer wieder Jugendliche in den Kursen, die bedauern, nach Deutschland gekommen zu sein. Hier geht es dann darum, die eigene Zielsetzung zu klären:

Zurück nach Kasachstan oder einen Beruf und ein Leben hier? Ist dies erst zum Thema geworden, erfolgt in der Gruppe die Auseinandersetzung, die in eigene Absichtserklärungen und Zielsetzungen einmündet. Meist erfolgen diese Gespräche in den Gruppen in russischer Sprache. Die Kurzfassung der Ergebnisse, individuell und/oder Gruppen bezogen, erfolgt auf Deutsch. Gruppenaufgaben zu persönlichen, politischen, beruflichen und wirtschaftlichen Themen sind gemischt mit spielerischen und kreativen Aktionen. In der Zielsetzung geht es um Fragen der Selbstwahrnehmung und Identitätsbildung in dieser Situation der Umorientierung in eine neue Wirklichkeit. Es ist deutlich geworden, dass Mädchen andere oder/und zusätzliche Hindernisse für die eigene Entwicklung erleben. Meist ist für sie die Sprachbarriere wie bei den Jungen ein Problem. Sie reagieren darauf wie diese mit der Suche nach Gruppenzugehörigkeit. Wenn dann die Jungen Russisch sprechen, Späße machen und eine Verweigerungshaltung einnehmen, trauen die Mädchen sich oft nicht, ihre Interessen nach weitergehender ernsthafter Information und Kommunikation einzubringen. Sie sind in der Regel mental viel mobiler und werden vom Grundsatz durch ihre „Freunde“ in der Wahrnehmung ihrer Fähigkeiten gehindert.

ABSPRACHENETZ FÜR DAS ANKOMMEN

Bei der Gewinnung der Teilnehmenden für diese Seminararbeit besteht ein Netz der Absprachen zu den Jugendgemeinschaftswerken der Landeskirche, zu einzelnen Kirchenkreisen und Kirchengemeinden und zu einzelnen Sozialpädagogischen Fachkräften, die als Multiplikatoren wer-

bend wirken. Vor allem sind es aber die persönlichen Informationen innerhalb der Zielgruppe, die die Akzeptanz der Angebote ausmachen. Bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist der Meinungsaustausch und die Selbstvergewisserung am „Dritten Ort“ zunächst von besonderer Bedeutung für die eigene Orientierung. Die Identitätsfindung bzw. -bildung wird erleichtert durch die Auseinandersetzung mit und in der Gruppe der Gleichaltrigen. Diese Erfahrung in der pädagogischen Begleitung ist auch in der Gruppe mit jungen Frauen zu beobachten. Auch hier besteht die Chance einer persönlichkeitsorientierten und biografiebezogenen Arbeit mit kreativen Mitteln. Sie führt oftmals zu neuem Selbstbewusstsein durch Erkenntnis des neuen persönlichen und sozialen Umfeldes. Eine Kernfrage mit Blick auf diese Veranstaltungen lautet: Wie können die finanziellen Mittel aufgebracht werden, um die Teilnahme zu realisieren? Eine andere: Wie kann im Dialog zwischen den Generationen und mit den Einheimischen die Kommunikationsfähigkeit und die Toleranz wachsen, damit die Integration von Einheimischen und Neubürgern in eine erneuerte Gemeinde gelingt.

Nicht gelungene Beheimatung bedeutet eine Hypothek für jeden Einzelfall und insgesamt auf die Zukunft unserer ländlichen Gesellschaft. Wir können und müssen ein Interesse daran haben, diese gesellschaftsdiakonische Aufgabe in gemeinsamer Anstrengung zu lösen. <<

Goodbye Grundtvig –

Ein Abgesang mit Ausblick

Im Frühjahr 2006 benannte sich der „Verband ländlicher Heimvolkshochschulen Deutschlands“ in „Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum“ um. Mit dieser Umbenennung wurde nun auch begrifflich ein Konzept verabschiedet, das die Bildungsarbeit im ländlichen Raum in Deutschland fast 90 Jahre lang maßgeblich geprägt hatte, nämlich das Konzept der „Heimvolkshochschule“ skandinavischen Stils. Am konkreten Beispiel des Evangelischen Bildungszentrums Hesselberg (der ehemaligen „Evang.-luth. Volkshochschule Hesselberg“) sollen Geschichte, Niedergang und Zukunftsperspektiven dieser über lange Zeit bahnbrechenden Synthese von Volksbildung und ländlicher Diakonie exemplarisch dargestellt werden.

VOM NSDAP-TREFF ZUR BILDUNGSSTÄTTE

Am 9. Oktober 1949 kam eine Handvoll engagierter Pfarrer und Bauern im mittelfränkischen Wassertrüdingen zusammen, um den „Verein Evang.-Luth. Volkshochschule“ zu gründen. Das durch den Verein zu verwirklichende Ziel hatten sie bereits klar im Blick: Auf Mittelfrankens höchstem Berg, dem 689m hohen Hesselberg, sollte eine ländliche Heimvolkshochschule nach skandinavischem Vorbild mit lutherischem Profil errichtet werden. Diese Bildungsstätte sollte nach dem Willen ihrer Gründer auch ein Symbol für einen demokratischen Aufbruch mit christlich-wertorientierter Ausrichtung darstellen. Denn rund 15 Jahre zuvor war an nahezu derselben Stelle die Errichtung einer ganz anderen Art von Schule – einer sog. „Adolf-Hitler-Schule“ als NS-Kaderschmiede – geplant gewesen. Der Ausbruch des Kriegs und der Niedergang der Nazi-Diktatur verhinderten

zwar die Ausführung dieser Pläne, jedoch war der Hesselberg zu diesem Zeitpunkt bereits als „brauner Berg“ stigmatisiert: Vom Ende der 1920er-Jahre an bis weit in die 1930er-Jahre hinein hatten auf seinem Hochplateau alljährlich NSDAP-Parteitreffen (die sog. „Frankentage“) mit bis zu 100.000 Teilnehmenden aus der gesamten Region stattgefunden. Diese dunkle Seite der Regionalgeschichte konnte weder ungeschehen gemacht noch auf Dauer verdrängt werden. Die Gründung einer Heimvolkshochschule sollte darum auch die Fähigkeit der Landbevölkerung unter Beweis stellen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Mündige, moralisch gefestigte, entscheidungsfähige und engagierte Jugendliche als Absolventen der Kurse standen den Gründern vor Augen, junge Menschen, die einer erneuten ideologischen Indoktrination aufgrund ihrer Allgemeinbildung und Urteilsfähigkeit Widerstand entgegen setzen konnten.

VON DÄNEMARK IN DEUTSCHE LANDE

Diese emanzipativ-aufklärerische Zielsetzung entsprach ganz den Vorstellungen, die den dänischen Theologen, Pädagogen und Liederdichter Nicolai Frederik Severin Grundtvig (1783–1872) 1844 zur Gründung der ersten Heimvolkshochschule im nord-schleswigschen Rødding bewogen hatten: 1834 hatten erstmals auch die Bauern ein Wahlrecht zur Entsendung von Vertretern in die beratende Ständeversammlung Dänemarks erhalten. Um dieses Wahlrecht verantwortungsvoll und angemessen ausüben zu können, bedurfte es jedoch zunächst elementarer politischer und kultureller Bildungs- und Aufklärungsarbeit unter der jungen Landbevölkerung. Die herkömmliche Schulbildung der damaligen Zeit konnte solchen Ansprüchen nicht genügen. Diesem Notstand versuchte Grundtvig durch sein neuartiges Konzept der „Heimvolkshochschule“ zu begegnen: In mehrmonatigen Winterkursen, die dem Ideal von gemeinsamem Leben, Lernen und Arbeiten unter einem Dach folgten, erwarben sich die jungen Menschen lebensrelevante Kenntnisse zur Bewältigung der durch die Demokratie an sie gestellten gesellschaftlichen Herausforderungen. Es gab keine Noten und festen Abschlüsse, da sie für das Leben und nicht für eine Prüfung lernen sollten.

An Grundtvigs Ideal eines umfassenden Lebenswissens als positives und ziel führendes Leitbild sollte nun auch in der hiesigen Heimvolkshochschul-Bewegung nach dem Krieg angeknüpft werden. Und so begannen – unter anderem 1951 auf dem Hesselberg – unter einfachsten baulichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen die ersten Winterkurse. Dieses Angebot wurde von seiner Zielgruppe gut angenommen, so dass es sich im Lauf weniger Jahre als feste Institution des ländlichen Bildungswesens etablierte. Es zeigte sich außerdem, dass der Blick über den engen Tellerrand des eigenen Betriebs bei den Teilnehmenden zu einer intensiveren Wahrnehmung des Not leidenden Nächsten und

» Der „Freiwillige Landdienst“ verstand sich als ein Zeichen gelebter christlicher Nächstenliebe und damit als Frucht des in der Volkshochschule durchlaufenen Bildungsprozesses.

damit zu einer verstärkt sozialdiakonischen Ausrichtung der Bildungsarbeit führte. Der erste Leiter der Einrichtung, Pfarrer Helmut Wiegel, charakterisierte 1988 den Geist der Anfangsjahre wie folgt: „Junge Menschen, von der Frage nach dem Sinn ihres Lebens bedrängt, sind in immer stärkerer Zahl in unsere Mehrmonatskurse auf den Hesselberg gekommen, um Glaubens- und Lebenshilfe zu finden. Dabei wurde vielen der Blick geschärft für die Tatsache, dass christlicher Glaube sich nicht im luftleeren Raum vollzieht, sondern in realen Lebensbezügen verwirklicht werden will. [...] Die engen Kontakte mit vielen bäuerlichen Familien brachten es mit sich, dass uns deren persönliche, berufliche und wirtschaftliche Probleme wie die der Landwirtschaft und des Landes insgesamt hautnah bedrängten.“

FREIWILLIGENDIENSTE ZU PROFESSIONEN

Als praktische Konsequenz wurde bereits 1952 der sog. „Freiwillige Landdienst“

ins Leben gerufen, in dessen Rahmen Absolventinnen und Absolventen der Winterkurse unentgeltlich Hilfe leisteten, wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb durch Krankheit oder Unfall seinen Bauern oder seine Bäuerin zeitweilig entbehren musste. Der „Freiwillige Landdienst“ verstand sich als ein Zeichen gelebter christlicher Nächstenliebe und damit als Frucht des in der Volkshochschule durchlaufenen Bildungsprozesses. Schon bald konnte aber ein Dienst allein auf ehrenamtlicher Basis der Flut der Anfragen nicht mehr gerecht werden. Der erste Schritt zur Professionalisierung der ländlichen Diakonie wurde vollzogen: Nacheinander wurden auf dem Hesselberg die neuartigen Berufsbilder der Dorfhelferin (als landwirtschaftlicher Betriebsleiterin auf Zeit), des Betriebshelfers (als männliches Äquivalent) und der Familienpflegerin (als „städtischer Variante“ ohne die Übernahme landwirtschaftlicher Aufgaben) etabliert. Die Kräfte wurden vom Trägerverein der Volkshochschule fest eingestellt und über Diakoniestationen und Maschinenringe zu Einsätzen in ganz Bayern vermittelt. Bald reifte die Einsicht, dass zu qualifizierten diakonischen Dienstleistungen auch ein qualifizierter Nachwuchs gehören musste, so dass – wiederum unter dem Dach des Trägervereins der Volkshochschule – die beiden Evangelischen Fachschulen für Dorfhelferinnen und Familienpflegerinnen begründet wurden. 1988 gesellte sich als Nebenprodukt der guten Kontakte in die landwirtschaftlichen Betriebe noch der „Bauernnotruf“ (heute: Landwirtschaftliche Familienberatung) hinzu.

Verbindende Klammer all dieser Dienste für den Ländlichen Raum war der gesellschaftspolitische und kirchlich-institutionelle Auftrag, der sich aus dem Heimvolkshochschulgedanken und seinem umfassenden Lebensbildungskonzept speiste. Zahlreiche Personalunionen waren das Kennzeichen dieser engen Verflochtenheit: Viele Winterkursabsolventinnen machten anschließend die Dorfhelferinnenausbil-

» Das umfassende ideelle Band, das einstmals der Heimvolkshochschulgedanke um die selbständigen Bereiche Bildung, Beratung und Diakonie knüpfte, ist zerrissen.

dung und ließen sich dann „vom Hesselberg“ als Dorfhelferinnen anstellen. Auch die Lehrkräfte der Fachschulen waren meist zusätzlich in der Winterkursausbildung oder als Referenten für die diakonischen Dienste tätig.

DAS BAND HEIMVOLKSHOCHSCHULE ZERREISST

Anfang der 1990er Jahre geriet jedoch das Winterkurssystem – und damit das tragende Fundament des Heimvolkshochschulgedankens – in seiner Gesamtheit in eine tiefe Krise: Immer weniger junge Menschen waren bereit und in der Lage, ihrem heimatischen Betrieb für mehrere Monate den Rücken zu kehren, um sie in eine reine Persönlichkeitsbildungsmaßnahme ohne wirtschaftlichen Nutzen (wie z.B. den Erwerb einer Qualifikation) zu investieren. 1993 fand der letzte lange Winterkurs auf dem Hesselberg statt. Um als Gesamteinrichtung

EBERHARD CHERDRON

NACHBARSCHAFTLICHE DIAKONIE

Inzwischen sind sie wohl alle aus dem Bild unserer Dörfer verschwunden - die früheren Schwestern- oder Diakonissenhäuser. Auch die Erinnerung an sie ist wohl verblasst. Seit vielen Jahrzehnten dienen sie ja nicht mehr ihrem eigentlichen Zweck. Sie wurden verkauft, umgenutzt oder abgerissen. Dabei gab es sie einst in vielen unserer Dörfer. Bewohnt wurden sie meist von einer oder mehreren Diakonissen, entsandt aus den Mutterhäusern, präsent in den Regionen einer Landeskirche.

Erkennbar waren diese Schwestern einst an ihrer Tracht, ein dunkles Kleid mit einer weißen Haube. Sie personifizierten oft zwei Bereiche der gemeindlichen Diakonie: die häusliche Krankenpflege und die Kindergartenarbeit.

Über fast 100 Jahre waren sie in unseren Gemeinden präsent, verkörperten Diakonie sichtbar und deutlich. Und oftmals standen sie nicht nur für die praktische Arbeit der Diakonie. Sie hielten auch Kindergottesdienst oder Mädchen-Bibel-Kreise, waren in der Frauenarbeit tätig oder stützten andere gemeindliche Aktivitäten. Vor allem aber waren sie sichtbare Diakonie in der Nachbarschaft.

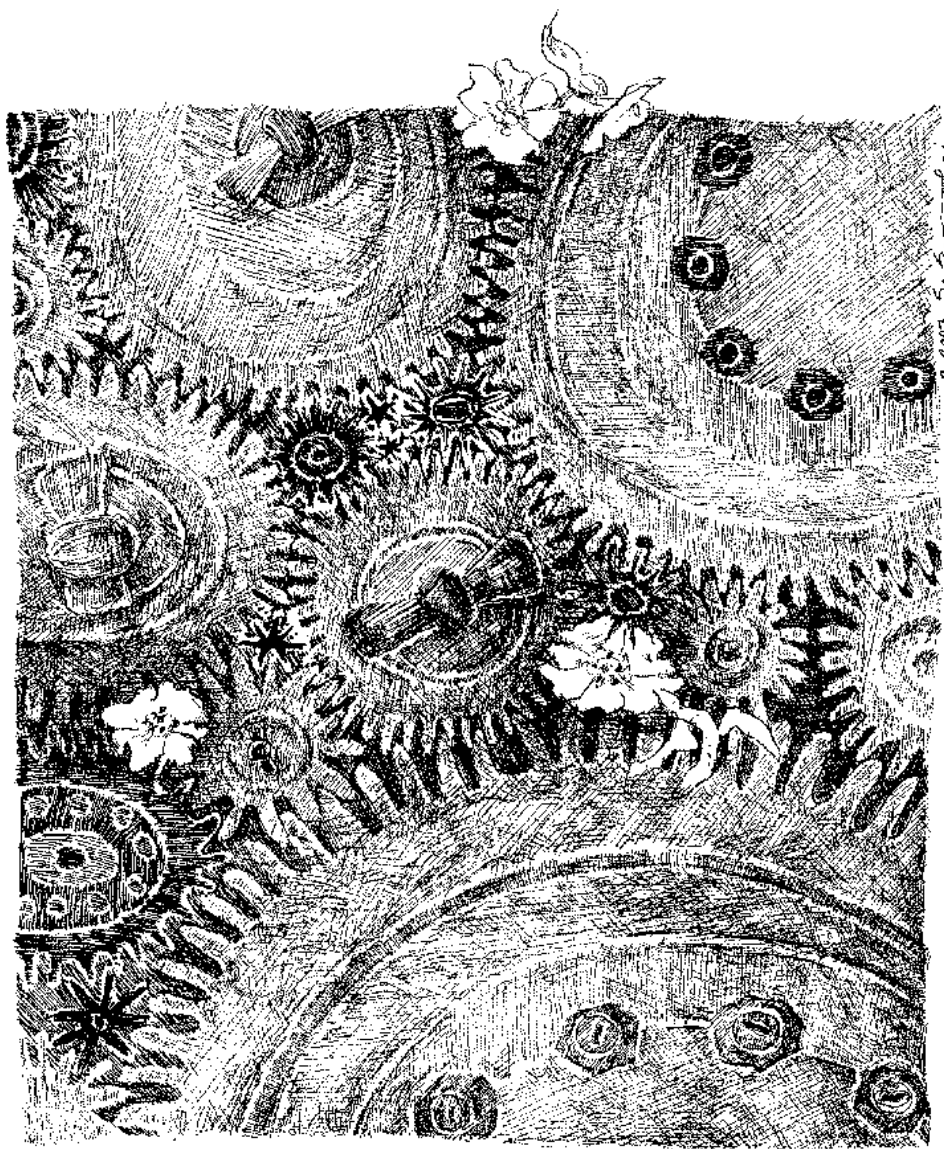
Aus dem Bild unserer Dörfer sind die Schwesternhäuser und die Diakonissen verschwunden. Und wie sieht es heute aus mit der nachbarschaftlichen Diakonie? Die häusliche Alten- und Krankenpflege ist aufgehoben in unseren ambulanten Hilfezentren, vielleicht auch in einer ökumenischen oder evangelischen Sozialstation. Aus unseren Kindergärten sind Kindertagesstätten geworden, die sich immer wieder auf die Suche nach einem evangelischen Profil begeben. Mit diesen beiden Einrichtungsformen sind wir fast durchgängig präsent in unseren Dörfern auf dem Land.

Und sonst? Ist alles, was Menschen in besonderen Notlagen sonst noch brauchen, auf dem Land so wohl bestellt, dass wir uns nicht mehr den Kopf zu zerbrechen brauchen?


Auch auf dem Land gibt es die Einsamkeit des alkoholabhängigen Menschen, auch dort gibt es Verwahrlosung von Kindern mitten in der Familie und den behinderten jungen Menschen, der morgens mit dem Bus zur Werkstatt abgeholt wird.

Kann eine nachbarschaftliche Diakonie dies alles mit auffangen? Haben unsere Kirchengemeinden offene Augen und offene Ohren, um die Not wahrzunehmen? Sehen sie die Chancen, die in der Vernetzung von diakonischen Angeboten liegen?

Die Geschichte vom barmherzigen Samariter, diese Vorbildgeschichte der evangelischen Diakonie, schließt mit der Aufforderung: So geh hin und tue desgleichen. Es ist bleibende Aufforderung an die Diakonie auch im ländlichen Raum, die Not wahrzunehmen und abzuwenden. Das bleibt einer diakonischen Kirche und Gemeinde als Aufgabe und Auftrag - in Städten und auf dem Land. <<



Sibylle Summerer
2002

 und hätte die Liebe nicht,
So wäre es ein tönelnd Erz
Oder eine klingende Schelle.

überleben zu können, musste die Erwachsenenbildung von Grund auf umstrukturiert werden: weg von den langen Kursen hin zu Wochenendseminaren, weg von der Vermittlung traditioneller Glaubensinhalte hin zu einer bedürfnisorientierten, marktgerechten Persönlichkeitsbildung. Die Personalunionen auf Teilnehmerebene traten in den Hintergrund und zerfielen in weitgehend unabhängige Interessentenkreise: Kaum eine Teilnehmerin eines Wochenendseminars strebt heute noch den Dienst als Dorfhelferin oder Familienpflegerin an. Kaum eine Fachschülerin nimmt im Gegenzug an Wochenendseminaren teil. Das Absolvieren der Fachschulausbildung führt nicht mehr automatisch zu einer Übernahme in die diakonischen Dienste. Die traditionellen Bildungsveranstaltungen mit eigenem inhaltlichen Profil werden zunehmend flankiert von Fremdveranstaltungen, die nur das Übernachtungs- und Verpflegungsangebot des Tagungshauses nutzen.

Das umfassende ideelle Band, das einstmals der Heimvolkshochschulgedanke um die selbständigen Bereiche Bildung, Beratung und Diakonie knüpfte, ist zerrissen. Die einzelnen Teilbereiche bilden zwar verwaltungstechnisch noch eine Einheit, diese hat aber vor allem historische und praktische Gründe. Sachlich geboten ist sie längst nicht mehr. Die Umbenennung der ehemaligen „Ev.-luth. Volkshochschule“ in „Evangelisches Bildungszentrum“ im Jahr 2005 war eine weitere logische Konsequenz aus dieser Entwicklung, da immer weniger Menschen mit dem Heimvolkshochschulbegriff etwas anfangen konnten, so dass es zunehmend zu Verwechslungen mit den kommunalen Volkshochschulen und ihrem spezifischen Kursangebot kam.

DER GANZHEITLICHKEITSANSPRUCH BLEIBT

Was ist nun geblieben von der Grundtvigschen Vision des gemeinschaftlichen, prozessorientierten Lernens und der Ver-

bindung des Erwerbs von Lebenswissen mit gesellschaftlicher Verantwortung für die Schwächeren? Organisatorisch wird sicher kein Weg mehr zurück führen zu den langen Winterkursen mit der personalintensiven Rund-um-die-Uhr-Begleitung der Kursteilnehmenden. Der gesellschaftliche Effizienzdruck würde es zudem nur noch wenigen Privilegierten ermöglichen, die gesamte Kursdauer auszuschöpfen. Dennoch scheinen mir einige der Grundtvigschen Ideen bis heute noch richtungweisend für eine Bildungs- und Seminararbeit, die auf den ländlichen Raum zugeschnitten ist, z.B.:

- » das partnerschaftliche Erarbeiten des interessierenden Wissensgebietes statt „Frontalbelehrung durch Experten“ (wie etwa z.T. im Modell evangelischer Akademien)
- » die ergebnisoffenen Lernprozesse mit existenziellem Bezug („Lebenswissen“) statt einseitiger Qualifikationsfixierung
- » die klare Zielgruppenorientierung am Ländlichen Raum und seinen Gegebenheiten statt globalisierter Gleichschaltung von Orten und Personen
- » die enge Verzahnung von Glaubensfragen, Sachwissen, Persönlichkeitsbildung und gesellschaftlicher Verantwortung statt zusammenhangloser Fragmentierung in Spezialdisziplinen
- » die Präsenz der Lehrenden als stetig selbst Lernende und als personale Gegenüber in einem gemeinsamen Prozess statt als neutrale Instanzen der Wissensvermittlung.

Ländliche Bildungsarbeit in diesem Sinne ist damit mehr als der bloße Transfer von Lerninhalten. Sie ist – um einen alten Grundtvigschen Gedanken in ein modernes Schlagwort zu kleiden – ein ganzheitliches Geschehen. Und als solches bleibt sie gerade in der heutigen Zeit unvermindert nachgefragt und zukunftsfähig. <<

BÄRBEL BECKER, HELGA CONRAD, NINA LOHR, ANGELIKA WURTH

Bildung von Anfang an:

Wunsch und Wirklichkeit im ländlichen Raum

„Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen“, sagt ein afrikanisches Sprichwort. Doch gibt es das „Dorf als Erziehungsgemeinde“ überhaupt noch? Nein, heißt es klar in einer Schrift des für die Kindertagesstättenarbeit zuständigen Landesministerium Schleswig-Holsteins.¹ Die Erwartungen an das Leben auf dem Lande – Naturbezug, gesunde Luft, Umgang mit Tieren, soziale Gemeinschaft, kinderfreundliche Umgebung und besorgte Nachbarschaft – würden kaum noch eingelöst. Der sozialräumliche Wandel der Dörfer reduzierte die öffentlichen Spielräume auf dem Lande drastisch. Durchgangsstraßen kamen, Handel, Handwerk und Arbeit verschwanden aus der Dorfmitte – und damit viele mögliche Bildungsbereiche und Kontaktpersonen für Kinder.

„Die neue Hauptfunktion der Dörfer, das Wohnen, ist für viele Landkinder zu wenig, um einen wirklichen Einstieg in die ländliche Gesellschaft zu bekommen. Haustiere statt Stalltiere, Klettern am Spielplatzgerüst statt an Baumhütten, Ballspielen im Sportverein statt auf der Straße, sind spürbare Echt-Raum-Verluste.“² Soziale Isolation bis zum Kindergartenalter für Neuzugezogene sei heute gängige Landrealität. Was bedeutet dies für das diakonische Bildungsangebot der evangelischen Kindertageseinrichtungen (Kitas) in ländlichen Räumen?

Die Familienstrukturen sind auch im ländlichen Schleswig-Holstein im Wandel begriffen. Bei Hinzugezogenen ist die Mutter häufig berufstätig. Die Generationen in ihren einzelnen Lebenssituationen bleiben immer mehr unter sich. Die Familien haben ein, zwei und in seltenen Fällen drei Kinder. Eltern ziehen mit ihren Kindern aus der Stadt aufs Land, weil der Baugrund wesentlich preiswerter ist. So wohnen aber die Großeltern nur

noch selten im gleichen Ort. Und den Nachbarn geht es oftmals ebenso. Wenn junge Leute im alten Ortskern ein Haus kaufen, ist noch ungewiss, ob die Alteingesessenen sie in ihre Gemeinschaft aufnehmen.

Ein Kind kennt nicht mehr selbstverständlich die Nachbarn und Menschen aus seiner Umgebung mit Namen. Den Kaufmann, der jedes Kind mit Namen anspricht, gibt es nicht mehr.

LANDKINDS AUTOPERSPEKTIVE

Dörfer in Schleswig-Holstein heute, das sind kleine Orte ohne Infrastruktur oder Dörfer, die eher Stadtteilen gleichen. In den kleinen Dörfern erleben die Kinder, dass man alles mit dem Auto erledigen muss und bereits die Wege zum Kindergarten weit sind: Manche Kinder in Angeln fahren bis zu 30 Minuten mit dem Schulbus zum Kindergarten. In den größeren Dörfern finden sich häufig Neubausiedlungen mit Einfamilienhausbebauung, Spielstraßen, angelegten Spielplätzen, Skaterbahnen, Fußballfeld usw. Hier ist allerdings der Spielplatz „Natur“ oft nicht gleich vor der Haustür.

„Gemeinsam ist diesen Orten: Das Leben muss sehr viel stärker als früher organisiert und strukturiert werden. Das, was Kinder brauchen, findet nicht mehr automatisch statt. Verabredungen und gute Organisation sind dafür notwendig. Im Dorf wird jedoch immer noch eher vorausgesetzt, dass dies vorhanden ist, als im städtischen Umfeld. Dies wird aber nicht eingelöst; und darin sehe ich eine Gefahr“, so Markus Potten, Geschäftsführer des Verbandes Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein e.V. (VEK).

„Das freie, unbeaufsichtigte Spielen ‚draußen‘ findet kaum mehr statt. Es wurde vorher nicht gelernt und wird daher auch im Alter von 3-6 Jahren, wo es nun aktiv gelebt werden könnte, auch nicht vermisst. Die Landkinder sitzen in ihrer ‚kindergartenfreien Zeit‘ lieber gewohnheitsmäßig vor dem Fernseher“, beobachtet Herrenknecht.³

Kinder erlebten ihre Umgebung zunehmend aus der Auto-Perspektive: nur als Zuschauer, nicht als Akteure. „Nicht sie fahren in der Realität, sondern die Realität fährt an ihnen vorbei“, so Herrenknecht. In der Tat: Kinder im ländlichen Raum kommen durch übervolle Terminkalender oft nicht mehr dazu, die Ressourcen, die Natur und Umgebung bieten, in Ruhe nutzen zu können. Auch kurze Wege werden mit dem

Auto zurückgelegt, anstatt zu laufen oder Fahrrad zu fahren – es muss ja schnell gehen, wir haben keine Zeit.

ENTDECKEN, WO AUSSEN ANFÄNGT

Die Folge: Kinder, denen es schwer fällt, sich im Raum zu orientieren und die Raumlage zu erfassen, ein Gefühl für den eigenen Körper zu entwickeln, zu wissen, wo das Innen aufhört und das Außen beginnt, Kinder deren Sprache so auffällig ist, dass Dysgrammatismus und Dyslalie an der Tagesordnung sind. Obwohl man meinen sollte, dass gerade Kinder auf dem Land vielfältige Bewegungsmöglichkeiten haben, fallen immer mehr motorische Defizite auf. Manchen Kindern fällt es schwer zu schaukeln, ihnen wird schwindlig, das Rückwärtsgehen gelingt nicht und das Überkreuzen der Körpermitte bereitet größte Schwierigkeiten. Das alles aber sind Grundvoraussetzungen, für einen gelingenden Schulstart. Schaukeln und mathematische Fähigkeiten, so weiß man schon seit längerer Zeit, stehen in einem engen Zusammenhang. Aktuelle Umfragen im Kreis Nordfriesland bestätigen, dass gut ein Viertel aller Kinder in Kitas zusätzliche Therapien benötigt, um Entwicklungsrückstände rechtzeitig vor Schulbeginn aufholen zu können.

Kitas auch im ländlichen Raum sind einerseits herausgefordert, durch gezielte Beobachtung den Förderbedarf jedes Kindes festzustellen und zu sichern. Andererseits ergibt sich aus dieser Situation auch für ländliche Kindertageseinrichtungen die Aufgabe, den Rahmen zu organisieren, in dem Kinder selbstbildend lernen können – dem neuen Bildungsverständnis entsprechend.

GRENZÜBERSCHREITUNGEN

Der ländliche Raum bietet dafür vielfältige Möglichkeiten: In der Regel haben die Kitas große Grundstücke und somit ein großzügiges Außengelände, das oftmals naturnah gestaltet ist. Die Felder, Wiesen, Wälder, Seen sind häufig in gut erreichbarer

Nähe. Waldkindergärten sind auch im Dorf gefragt: Die Erfahrung, die Jahreszeit tagtäglich mit allen Sinnen zu erleben, können Eltern ihren Kindern oft nicht bieten. Zu Schule, Feuerwehr, Arzt und Bauernhof lassen sich Ausflüge organisieren. Die notwendigen Kontakte sind in der Regel schnell hergestellt und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist groß.

Die Welt muss nicht künstlich in die Kita geholt werden, sondern die Kita überschreitet die Grenze ins Dorf. Diese "Lebensweltorientierung" ist in den Bildungsleitlinien des Landes Schleswig-Holstein verankert: Die Lebenswelt Dorf ist Ausgangspunkt für das pädagogische Handeln; dazu müssen die Erzieherinnen das Wohnumfeld der Kinder und die Struktur des Dorfes kennen. Die eigene Lebenswelt in den Blick zu nehmen und diese intensiver zu erforschen, schafft Sicherheit und Vertrautheit. Hier geht es nicht um Besuche in fernen Welten, z.B. um in Hamburg die U-Bahn kennenzulernen, sondern eher um



Mit allen Sinnen wahrnehmen: Wie ist es, wenn man nichts sieht? Zum Beispiel im Evangelischen Kindergarten Garding

den Besuch beim Bauern, um zu sehen, wie er sein Feld bearbeitet.

Lernen in Sinnzusammenhängen ist Programm in der evangelischen Kita in Garding mit insgesamt mehr als 100 Kindern vom Säugling bis zum Schulkind. Bildung und frühe Förderung von Anfang an, das sind Herausforderungen, denen sich das Team schon seit vielen Jahren stellt.

Neben der inhaltlichen Arbeit, dem Suchen nach Themen der Kinder und dem Zumuten von Themen kommt es entscheidend auf eine gute Zusammenarbeit mit den Eltern an. Denn beispielsweise müssen Kinder mit Entwicklungsverzögerungen zügig Förderung von allen Beteiligten erfahren. Immer wieder ist es wichtig, Eckpunkte der gesunden Entwicklung des Menschen zu benennen. Im Gespräch bekommen Eltern Ideen und Hilfestellungen angeboten, wie sie eine altersgerechte Entwicklung ihrer Kinder unterstützen können.

DIAKONISCHER PROFILAUFRAG

Im Flächenstaat Schleswig-Holstein sind die rund 600 evangelischen Kitas mit etwa 34 000 Kita-Plätzen „Marktführer“ im Lande. Ein Großteil der evangelischen Kitas im ländlichen Raum haben dort häufig noch eine Monopolstellung.

Nach einem zahlenmäßigen Ausbau des Platzangebotes in den Vorjahren startete die Nordelbische Kirche im Jahre 2000 eine Offensive für Qualität. Sie rückte damit die integrierte Religionspädagogik in den Mittelpunkt der Kita-Arbeit. Pädagogische Mitarbeitende werden seither durch Langzeitfortbildung darin unterstützt, im Kindergartenalltag für Glaubensfragen eine Sprache zu finden und mit den Kindern gemeinsam nach Antworten zu suchen. Qualitätsentwicklung findet in vielen Kitas nach einem Nordelbischen Zielekatalog und mit einem eigens für die evangelischen Kitas in Schleswig-Holstein entwickelten Verfahren statt.⁴ Im Rahmen einer Kommunikationsinitiative stellten sich über die Hälfte dieser Kitas im Lande unter das Motto „Evangeli-

sche Kindertagesstätten – Mit Gott groß werden.“ Diese gemeinsame Marke der Nordelbischen Kitas wird durch die Verwirklichung des kirchlichen Bildungsauftrages mit Leben gefüllt.

Die Nordelbische Synode bestärkte 2005 und 2007 diesen Weg: Kirchliche Eigenmittel werden zukünftig als „Kirchlich Diakonischer Profilbeitrag“ vermehrt in die spezifisch kirchlichen Aufgaben investiert. Geplant ist auch, die Evangelische Kitazeitung als Sprachrohr und Forum für die vielfältige Arbeit der Evangelischen Kitas in Schleswig-Holstein fortzuführen.

THEMEN, PROJEKTE, AKTIONEN

Gerade im ländlichen Raum sind landesweite Initiativen oft sehr willkommen: Qualitätsmanagement nach dem nordelbischen Verfahren wurde zum Beispiel in den ländlichen Kirchenkreisen Husum-Bredstedt und Angeln sofort als Thema aufgegriffen. Auch „Mit Gott groß werden“ wurde im Kirchenkreis Angeln umgehend flächendeckend als Kita-Marke eingesetzt.

Eine Reihe Evangelischer Kitas beteiligt sich an der Aktion „Spielzeugfreier Kindergarten“. Auch im Evangelischen Kindergarten Olderup, Nordfriesland verzichten Mitarbeitende und Kinder jeweils für acht Wochen im Jahr auf Spielzeug. Sprache, soziale Auseinandersetzung, Eigeninitiative, Phantasie und sinnliche Wahrnehmung werden während dieser Zeit in besonderer Weise gefördert und begleitet.

In ‚Kernpunkte zum Profil Evangelischer Kindertageseinrichtungen‘(5) ist zusammengefasst, welche Haltung die Evangelischen Kitas in ihrer christlichen Bildungsarbeit leitet.

„Wenn nicht wir, wer dann?“, fragten sich beispielsweise Kita-Mitarbeitende und Kirchenvorstand in Bordesholm und öffneten die Kita für Kinder mit besonderen Bedürfnissen. „Für unsere Kinder ist es selbstverständlich, dass manche von ihnen dreimal am Morgen einen Zuckertest machen müssen, langsamer gehen, schwerer spre-

chen oder nach dem Mittagessen ein Medikament nehmen müssen.“ Wenngleich Kinder mit Migrationshintergrund in dörflichen Kitas eher seltener sind – mit dem Thema ‚Anderssein‘ werden sich zum diesjährigen Weltkindertag auch viele Kinder in evangelischen ländlichen Kitas in Schleswig-Holstein beschäftigen.

NEUE BEDARFSGERECHTE ANGEBOTE

Die evangelischen Kitas stellen sich in ihren Angebotsstrukturen auf die Bedürfnisse der Eltern ein: Es gibt zunehmend mehr – wenn auch längst noch nicht genug – Angebote für Kinder unter drei Jahren. Haben Einrichtungen im ländlichen Bereich bisher überwiegend halbtags geöffnet, so erfordern lange Arbeitswege und entsprechende Anfahrtszeiten der Eltern an vielen Orten flexiblere Öffnungszeiten und mehr Angebote von Mittagsbetreuung.

Vielleicht kein Zufall: Unter den ersten 200 Mehrgenerationenhäusern bundesweit und den ersten fünf Einrichtungen in Schleswig-Holstein bekam gerade das Zentrum für kirchliche Dienste und Werke der Kirchenkreise Rendsburg und Eckernförde den Zuschlag des Bundesfamilienministeriums.. Dieses Mehrgenerationenhaus entsteht im ‚Christophorushaus‘ in Rendsburg, in der selbsternannten „Landesbauernstadt“ mitten in Schleswig-Holstein. <<

>> ANMERKUNGEN:

- 1) „Dorf für Kinder – Dorf für alle“, Hrsg: Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 2002
- 2) Herrenknecht, Albert: Der Wandel der Landkindheit im „regionalen Dorf“, in: „Dorf für Kinder – Dorf für alle“, a.a.O.
- 3) Ebenda
- 4) und (5) Unterlagen können gegen Kostenerstattung angefordert werden bei: Verband Evangelischer Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein e.V., Kanalufer 48, 24768 Rendsburg
Tel. (0 43 31) 593-171,
Email: vek-rendsborg@diakonie-sh.de

Kleine Sorgen – Große Sorgen.

Schulsprechstunde an einer ländlichen Hauptschule

Als Präventionsprojekt im Bereich der Jugendberatung sammelte die Psychologische Beratungsstelle für Erziehungs-, Partnerschafts- und Lebensfragen der Diakonischen Werke im Neckar-Odenwald-Kreis Erfahrungen mit einer Schulsprechstunde an einer ländlichen Hauptschule. Schülerinnen und Schüler kommen mit ihren alltäglichen Sorgen und holen sich Rat.

BERATUNG GEHT ZU DEN MENSCHEN

Eine 12-jährige berichtet von ihrem kleinen Bruder, der stets bevorzugt würde. Wenn der Kleine weine, weise ihre Mutter sie zu recht, ohne zu fragen, was passiert ist. Sie gehe davon aus, dass sie als Ältere vernünftig zu sein habe und Rücksicht auf ihren Bruder nehmen müsse. In der Jugendberatung wird deutlich, dass sie sich zurück gesetzt fühlt und auch gerne von der Mutter „gesehen“ werden möchte. Also wird gemeinsam überlegt, wie sie sich ihrer Mutter gegenüber „zeigen“ kann. Sie beschließt, einen Brief an die Mutter zu schreiben und auf deren Kopfkissen zu legen. Sie bittet die Mutter darum, etwas mit ihr alleine zu unternehmen, damit sie Zeit für ein gemeinsames Gespräch haben.

Drei 13-jährige kommen etwas zögerlich, um von ihren Rivalitäten untereinander zu erzählen. Zwei der Mädchen sind eigentlich gute Freundinnen, haben sich aber so entzweit, dass sie nicht mehr miteinander reden

wollen, sich nur noch „hassen“. Die Dritte machte deshalb den Vorschlag, in die Schulsprechstunde zu gehen. Hier haben beide die Möglichkeit, ihre Sicht des Problems zu schildern, der anderen zuzuhören und gemeinsam eine Lösung zu entwickeln.

Eine 13-jährige hat ihre beste Freundin zur Verstärkung mitgebracht. Mit leiser Stimme berichtet sie, dass sie ihren Vater nur selten sehen könne, weil sich die Eltern getrennt haben. Mit ihrem Stiefvater komme sie nicht gut klar, aber darüber könne sie zu Hause nicht reden. Sie kommt zu mehreren Gesprächen und findet für sich einen Weg, mit dem entfernt wohnenden Vater in einen guten Kontakt zu kommen, ohne ihre „neue“ Familie mit dem Stiefvater und der Stiefschwester ganz aus dem Auge zu verlieren.

Dies sind einige Themen aus der Sprechstunde, die wöchentlich in an einer Hauptschule während der großen Pause stattfindet. Bei der Schulsprechstunde han-

delt es sich um eine Form von Jugendberatung, die zu den Jugendlichen geht. Es müssen keine Termine vereinbart, keine Wege zurückgelegt werden, um einen Gesprächspartner zu haben, mit dem man alltägliche oder auch größere Sorgen besprechen, mit dem man ganz praktische Lösungen finden kann. In Gesprächen mit den Schülerinnen und Schülern – die Mädchen sind dabei eindeutig in der Überzahl – stellte sich heraus, dass sie dieses Angebot sehr schätzen. Sie sind froh, dass jemand von außerhalb kommt, weil sie mit den Lehrkräften nur ungern persönliche Themen besprechen.

EIN NIEDRIGSCHWELLIGES ANGEBOT

Die Idee, eine Schulsprechstunde anzubieten, entstand aus einem Präventionsprojekt zum Thema „Umgang mit Angst“. Eine Mädchen-AG, Klassenstufe 6 und 7, der Hauptschule traf sich regelmäßig mit zwei Lehrerinnen, um verschiedene Themen zu besprechen. Eines dieser Themen war Angst. Dazu wurde eine Mitarbeiterin der Psychologischen Beratungsstelle als Referentin eingeladen. In den Gesprächen wurde deutlich, dass Schülerinnen und wohl auch Schüler vielfältige persönliche und familiäre Probleme „mit sich herum tragen“, die sie nirgends loswerden können. Daraus entstand das Vorhaben, eine offene Sprechstunde für Schüler dort anzubieten, wo sie sich aufhalten, also direkt in der Schule. Damit würde ihnen niedrigschwellig, ohne weite Wege ein neutraler Gesprächspartner für ihre Sorgen zur Verfügung stehen.

Die Schulsprechstunde ist eine reine Jugendberatung, zeitlich eng begrenzt, eine Form von Kurzberatung, die in der großen Pause stattfindet, ohne Voranmeldung und nur auf Eigeninitiative des Schülers hin. Ziel sollte sein, Schüler darin zu bestärken über ihre Probleme zu reden und selbst für die Lösung des Problems aktiv zu werden, ermutigt durch gemeinsam erarbeitete Lösungsstrategien. Damit erfüllt die Erziehungsberatungsstelle eine ihrer Aufgaben

nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz §28, denn „Erziehungsberatungsstellen und andere Beratungsdienste und –einrichtungen sollen Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrundeliegenden Faktoren, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie bei Trennung und Scheidung unterstützen.“ Die in der Beratungsstelle angebotene Hilfe mit ihrer Kommstruktur wurde umgedreht und nun an den Ort verlagert, an dem sich die Schüler aufhalten und ist als niederschwellige, aufsuchende Beratung zu verstehen.

Demgegenüber ist Schulsozialarbeit eingebunden in den Schulalltag, bietet Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit an, ist integriert in den Unterricht mit spezifischen Projekten. Sie berät sowohl Schüler wie Lehrer, ist Vermittler zwischen beiden und nimmt teil an allen schulischen Veranstaltungen wie Schullandheimaufenthalten, Arbeitsgemeinschaften u.ä..

DIE ANFÄNGE

Mit Unterstützung der beiden Lehrerinnen der Mädchen-AG konnte der Rektor der Hauptschule für das Modellprojekt „Schulsprechstunde“ gewonnen werden. Er erklärte sich bereit, Gesamtlehrerkonferenz und Elternbeirat zu informieren. An alle Eltern der Klassenstufe 7 bis 9 wurde ein Informationsbrief gesandt. Die Schulsprechstunde sollte vorrangig den älteren Schülern zur Verfügung stehen. Eine persönliche Vorstellung fand bei Lehrkräften und Schülern statt. Die Schüler wurden ermutigt, über ihre Schwierigkeiten zu reden, und die Schulsprechstunde in Anspruch zu nehmen.

In einem Probelauf von Januar bis Juli fanden mittwochs in der großen Pause rund 30 Kurzberatungen statt. Der Zeitaufwand betrug meist eine Stunde pro Woche, manchmal auch etwas mehr.

Zunächst wurde das Beratungsangebot vorrangig von den Schülerinnen der ehema-

ligen Mädchen-AG wahrgenommen. Erst im Laufe der Zeit nutzten auch andere Schüler, vor allem diejenigen, deren Lehrkräfte ausdrücklich auf die Schulsprechstunde hinwiesen, das Beratungsangebot. Aufgrund der offenkundigen Nachfrage sprachen sich Rektor und Lehrkräfte für die Fortführung der Schulsprechstunde aus. Das Angebot sollte nun auch offiziell allen Klassenstufen, jedoch als „Modellprojekt“ zur Verfügung stehen, da der Beratungsstelle keine Ausweitung einer solchen Vor-Ort-Beratung auf andere Schulen möglich sein würde.

„FÜHLEN – REDEN – HANDELN“

In den 5. und 6. Klassen fand im darauffolgenden Schuljahr eine ausführliche Vorstellungsrunde mit Hilfe des „Fühlen-Reden-Handeln“-Spiels statt. Dieses psychotherapeutische Gruppenspiel ermöglicht, in einer entspannten Spielsituation auf indirekte Art und Weise über unbewusste Einstellungen, Glaubenssysteme und emotionale Wirklichkeiten der Kinder und Jugendlichen zu reden. Die Spielkarten enthalten u.a. Fragen zu den Bereichen: Selbst- und Fremdwahrnehmung in den verschiedenen Altersstufen, Familienbeziehungen (zwischen Kindern und Eltern bzw. Geschwistern), Sexualität, moralische Vorstellungen, Konfliktbewältigung, Schule und Lernen.

Dieses Spiel kann zum lockeren Gespräch in der Gruppe genutzt werden oder auch zum intensiveren Austausch über bestimmte Themen. Hier zeigte sich: Nicht nur die Mädchen, sondern auch die Jungen beteiligten sich am Gespräch, letztere sogar fast mehr als die Mädchen. Persönliche und schwierige Themen wurden offen angesprochen: Stehlen, Liebe zu den Eltern, Freundschaft und Vertrauen.

Es wurde aber auch deutlich, dass eine Schulstunde dafür zu kurz ist.

In den insgesamt 75 Kurzberatungen gab es wiederkehrende Themen. Diese waren

- » bezogen auf die Schule: Rivalität und Eifersucht zwischen den Mädchen, zwischen Cliques, mit der Außenseiterposition; Petzen beim Lehrer
- » bezogen auf die Familie: Geschwister rivalität; Unverständnis seitens der Eltern; mangelndes Vertrauen ihnen gegenüber; Streit mit den Eltern; Verteidigen der Eltern gegenüber Dritten; Sucht oder Krankheit eines Elternteils
- » Persönliche Themen, die nur ältere Schülerinnen einbrachten: Übergewicht; Ich bin verliebt! Wie komme ich in Kontakt mit meinem Angebeteten?; Ritzen – selbstverletzendes Verhalten; Angst vor Klassenarbeiten.

MÄDCHEN UND JUNGEN

Am Klassengespräch und am Spielen mit der gesamten Klasse beteiligten sich die Jungen intensiver als die Mädchen, aber sie nutzten anschließend nicht die Schulsprechstunde. Nur die Mädchen kamen in die Schulsprechstunde.

Schülerinnen kamen gerne in kleinen Gruppen zur Beratung. Aber sie mussten die Beraterin erst kennen gelernt und Vertrauen gefasst haben. Gemeinsames Spielen im Klassenverband „löste die Zunge“. Von Lehrkräften in die Psychologische Beratungsstelle „geschickte“ Schüler kamen dort nicht an, denn die Schülerinnen wollten lieber ein Gespräch in der Schule, in jedem Fall aber ohne die Eltern. Mädchen wünschten sich ein Gegenüber von außen, zu dem sie Vertrauen haben können und das das Besprochene für sich behält. Ihre Sorge gegenüber Lehrern ist, dass diese sich im Lehrerzimmer über die Schüler austauschen.

Jungen kamen selten in die Sprechstunde, „weil sie keine Probleme haben, höchstens Probleme machen“, wie es ein Junge ausdrückte. Dennoch finden sie es in der Mehrzahl wichtig, dass ein Ansprechpartner bei Problemen in der Schule zur Verfügung steht – auch wenn etliche mei-

nen, dass man Schwierigkeiten eigenständig innerhalb der Klasse lösen oder mit sich selbst oder einem Freund ausmachen kann. „Aber mit einer fremden Person über Gefühle reden, das kann ich nicht!“

FOLGERUNGEN FÜR DIE SCHULSPRECHSTUNDE

Nur über die Kooperation mit den Lehrkräften und deren Bereitschaft, Unterrichtszeit für Beratung zur Verfügung zu stellen, kann ein Zugang zu Schülerinnen und Schülern gefunden werden.

Statt einer regelmäßigen Schulsprechstunde ist es effektiver, ein Gesprächsangebot innerhalb der Klassen zu machen, das auf diesem Wege Mädchen und Jungen erreicht werden. Hierfür kann das „Fühlen-Reden-Handeln-Spiel“ genutzt werden. Im

Anschluss an ein Klassengespräch sollten Gelegenheiten für Einzelberatungen z. B. im Rahmen einer Schulsprechstunde geboten werden.

Reizvoll wäre auch eine thematische Verknüpfung des Beratungsangebots mit dem Lehrplan. Trennung/Scheidung, Familienleben, Pubertät, Umgang mit Angst, psychische Erkrankung, Liebe, Freundschaft, Partnerschaft, Lebensträume – das sind zur Kooperation geeignete Themen.

Ob das Geschlecht der Beratungsperson Einfluss auf die Wahrnehmung der Beratungsangebote durch die Schülerinnen und Schüler hat, ob also Jungen beispielsweise stärker von den Angeboten Gebrauch machen würden, wenn sie eine männliche Beratungsperson vorfänden, auch das bleibt reizvoll, durch Erfahrungen zu klären. <<

GEORG SCHNELL

Jugendwerkstatt –

Arbeit mit ländlichen Potentialen

Entstanden ist die Jugendwerkstatt 1986. Zu jener Zeit wurde das gesellschaftspolitische Thema „Arbeitslosigkeit“ vor allem mit Blick auf junge Menschen verhandelt. Dieser Tatsache wollte sich die Evangelische Landjugend in Bayern (ELJ) nicht entziehen, stellte sich ihrer Verantwortung und gründete nach intensiver Diskussion die Jugendwerkstatt Langenaltheim. Als Jugendverband für den ländlichen Raum suchte die ELJ für das neu zu gründende Projekt konsequenterweise einen Standort auf dem Land.

WIE KAMEN JUGENDWERKSTATT UND LAND ZUSAMMEN?

In Langenaltheim, einer Gemeinde mit 2500 Einwohnern auf dem fränkischen Jura wurde man fündig. Hier, fast genau zwischen den Städten Nürnberg im Norden

und Augsburg im Süden, stand eine geeignete Immobilie zur Verfügung und von Seiten der Gemeinde wurde die Ansiedlung ausdrücklich erwünscht. Die Kommune stand unter Druck, die Bewirtschaftung ihres über 800 ha großen Waldes kontinu-

ierlich sicher zu stellen. Dies sollte eines der Tätigkeitsschwerpunkte der Jugendwerkstatt werden.

Handlungsleitend bei der Gründung war aus Sicht der Kirche ihre anwaltliche Funktion für die Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen. Im Besonderen sollten – unabhängig von deren Herkunft, Religion, Nationalität und Geschlecht – die Möglichkeiten der jungen Menschen verbessert werden, deren Teilhabe in Staat und Gesellschaft durch individuelle und soziale Benachteiligungen kaum möglich ist.

Es sind folgende wesentliche Hindernisse, die einer gelingenden Integration der Jugendlichen im Wege stehen:

- » kein oder niedriger Schulabschluss
- » Migrationshintergrund
- » schwieriges, oft unvollständiges Familienumfeld
- » Sucht und Schuldenproblematik
- » Delinquenz.

Die benachteiligten Jugendlichen haben meist schon mehrere erfolglose Versuche unternommen, sich in der Arbeitswelt längerfristig zu etablieren. Sie hatten dazu Chancen, konnten diese jedoch nicht nutzen. Das hat zu einer deutlichen Destabilisierung ihrer Lebensverhältnisse geführt und natürlich ihre Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt sukzessive verschlechtert.

DIE INTEGRATIONSSTRATEGIE

Die Jugendwerkstatt unterhält 3 Abteilungen (Schreinerei, Näherei, Wald- und Landschaftspflege). In diesen werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Ausbildungsplätze in 5 verschiedenen Berufen angeboten. Die Arbeitsbedingungen sollen möglichst real denen auf dem freien Arbeitsmarkt entsprechen. Nur wenn diese dem Anforderungsprofil der freien Wirtschaft nahe kommen, können aus dem Arbeits- und Sozialverhalten der jungen Menschen in der Jugendwerkstatt die persönli-

chen Stärken und Schwächen herausgefiltert werden.

Durch den Arbeits- oder Ausbildungsvertrag und den „pädagogischen Kontrakt“ wird der Status der Zusammenarbeit begründet. Somit wird eine Verbindlichkeit auf der Ebene des Arbeitsrechts wie auf der persönlichen, pädagogischen Ebene hergestellt. Diese Verbindlichkeit gilt sowohl für den Jugendlichen wie auch für die Jugendwerkstatt, was wiederum Klarheit und Sicherheit für die Beteiligten bedeutet.

Nach einer ca. zweimonatigen Recherche, Beobachtungs- und Analysephase werden gemeinsam Ziele formuliert und Erfolg versprechende Handlungsstrategien zu deren Erreichung dokumentiert.

Gewöhnlich zeigen die Jugendlichen ähnliche Problemstellungen, wie in früheren Beschäftigungsverhältnissen. Die arbeitspädagogische Begleitung zielt nun darauf ab, einen Abbruch des Arbeitsverhältnisses zu verhindern. Dazu werden mit dem jungen Menschen seine eigenen Stärken und Schwächen und die Möglichkeit, einen positiven Veränderungsprozess einzuleiten, erarbeitet. Das lässt ihn hoffen, den Negativtrend zu stoppen, und an seine Chance glauben. Diese Zuversicht ist notwendig, um den Belastungen des betrieblichen Alltags in den Werkstätten standzuhalten und den pädagogischen Entwicklungsprozess aktiv mitgestalten zu können.

Begleitend wird mit dem jungen Menschen an lebensweltbezogenen Themen gearbeitet, die vor allem die Ablösung vom Elternhaus und das Führen eines eigenständigen Lebens betreffen (z.B. Wohnungssuche, Mietverträge, Versicherungen).

ARBEITEN „VOR DER HAUSTÜRE“

Das Konzept der Jugendwerkstatt besteht darin, mit betriebsnahen Strukturen und arbeits- und sozialpädagogischen Strategien die Integration benachteiligter junger Menschen zu fördern. Dies ist kein spe-

zifisch auf das Land zugeschnittenes Modell. Es wird vielmehr gerade in Bayern mit dem Ansatz der berufsbezogenen Jugendhilfe (BBJH) überwiegend in Städten verwirklicht. Durch den ländlichen Standort der Einrichtung ergeben sich jedoch bestimmte Potentiale, aber auch Einschränkungen. Die Ambivalenz soll an einigen Beispielen aufgezeigt werden.

- » Für die Abteilung Wald- und Landschaftspflege liegt ihr Betätigungsfeld „vor der Haustüre“. Dagegen klagt die Näherei über die Kundenferne für Änderungen. Der Weg steht dabei häufig nicht im Verhältnis zum Auftrag.
- » Die Mieten für die benötigten Gebäude sind vergleichsweise niedrig, die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln jedoch so unzureichend, dass nur mit Hilfe einer einrichtungseigenen Buslinie der Zugang sichergestellt werden kann.
- » Die Mitarbeitenden können auf ein funktionierendes und kleinmaschiges Netz kommunaler, kirchlicher und sozialer Strukturen zurückgreifen und sind andererseits ein fester Bestandteil davon. Was sie tun, wird stärker wahrgenommen und gedeutet als in einem städtischen Umfeld.
- » Bei Maßnahmen der Arbeitsagentur, die durch Ausschreibungen vergeben werden, sind die Anforderungen an die Infrastruktur schwierig zu erfüllen. Die können mit einem Standort auf dem Dorf nicht gewährleistet werden. Weil die Arbeitsverwaltung jedoch der wichtigste Kunde für die Integrationsdienstleistung der Jugendwerkstatt ist, sind damit der institutionellen Entwicklung enge Grenzen gesetzt.

JUGENDWERKSTATT AUF DEM DORF – FÜR DIE STADT?

Im Einzugsgebiet der Jugendwerkstatt befinden sich 3 Kleinstädte (je 10.000 – 20.000 Einwohner) und eine große Anzahl von Gemeinden. Trotz der Evangelischen Landjugend als Träger der Einrichtung,

trotz des ländlichen Standorts und trotz der an traditionellen Berufen ausgerichteten Arbeitsmöglichkeiten – es kommen überproportional viele Jugendliche aus den drei Kleinstädten. Hierzu einige Erklärungsversuche:

Die jungen Menschen, die in der Jugendwerkstatt arbeiten, haben bei der Arbeitsverwaltung ihr Recht auf institutionelle Hilfe für ihre persönliche Notlage eingefordert, meist zusammen mit ihrem familiären Umfeld. Der in ländlichen Strukturen verankerte Mensch nimmt diese Form von staatlicher Hilfeleistung jedoch weit weniger und wenn verdeckter wahr. Diesem beobachtbaren Verhalten liegt immer noch das Leistungsprinzip zu Grunde. Wer dazu nicht in der Lage ist, hat mit Ausgrenzungen zu kämpfen und sucht häufig seine Chancen in anonymen städtischen Zusammenhängen. Denn Verleugnung von Problemen wie Arbeitslosigkeit und Armut gehört immer noch zum traditionell dörflichen Umgang mit sozialen Problemen. Besteht dieser Ausweg im einzelnen Fall nicht, dann wird das Prinzip auf Zugezogene oder andere Gruppen verschoben.

Die institutionelle Hilfeleistung der Jugendwerkstatt kommt in diesem erläuterten Zusammenhang mit einer relativ niedrigen Schwelle daher. Sie bietet zuerst einmal Arbeits- und Ausbildungsplätze, also Leistung und Gegenleistung. Dieses Prinzip liegt ja auch dem Gedanken von Fördern und Fordern zu Grunde, welches den gesellschaftlichen Umgang mit dem Thema Arbeitslosigkeit seit den Hartz-Reformen beschreibt. Die eher im Hintergrund erfolgende Alimentierung durch sozialstaatlichen Transfer kann somit auch leichter gelegnet werden.

Es braucht auch für die Zukunft viele „Jugendwerkstätten“, die Erfolge für benachteiligte junge Menschen organisieren und begleiten. «

Verrückte Abenteuer- Golfanlage –

Ein innovatives Arbeitslosenprojekt

Am Muttertag, 13. Mai 2007, eröffnet im Seepark Linzgau von Pfullendorf „Deutschlands verrückteste Abenteueranlage“. Träger dieses innovativen Projekts ist der Werkstätte e.V., ein gemeinnütziger Verein zur Integration und Beschäftigung von Menschen, die in Gesellschaft, Arbeit und Beruf von Ausgrenzung bedroht sind. Der Verein ist Mitglied im Diakonischen Werk Baden. Das Hauptziel dieser Anlage ist für den Vorsitzenden des Werkstätte, Rüdiger Semet, die Schaffung von saisonalen Arbeitsplätzen.

Die Anlage ist 6.400 qm groß und wird über 18 Bahnen in einer Länge zwischen zwölf und 30 Metern verfügen. Die Bahnen sind mit Kunstrasen belegt, so dass die Anlage von April bis November beispielbar sein wird. Es gibt richtige Golflöcher und -fahnen, gespielt wird mit echten Golfbällen und Golfputtern.

Technische Neuheiten, wie Wassergolf, bewegliche Brücke, drehender Abschlag, wanderndes Golfloch, kreisende Steine, Ballaufzüge und vieles mehr, bieten pfiffige Elemente, die es in dieser Form in Deutschland bisher nicht gab. Ein künstlicher Bachlauf mit Teichen und Wasserfall rundet zukünftig diesen Eindruck ab.

Wer zum Spielen antritt, muss die „Seegrörne“ über den Bodensee bewältigen und die Sântisseilbahn bespielen, die Bahnen heißen „Donautal“ und Pfullendorfer Stegstrecker, es gibt den Felsenkeller und das Pfrungener Ried – alles regionale Bezeichnungen. Denn Pfullendorf liegt 20 Kilometer vom Bo-

densee entfernt im Linzgau mit der Donau im Rücken und, bei entsprechender Wetterlage, den Schweizer Alpen am Horizont.

„Der Traum einer solchen Anlage beschäftigt mich schon lange“, so Rüdiger Semet, auch geschäftsführender Vorstand des Vereins. Er verfolgte mit dieser Vision gleich mehrere Ziele. Das Hauptziel ist, mit der Anlage neue Arbeitsplätze zu schaffen, die sich wirtschaftlich selbst tragen. Das gelingt nicht mit der Anlage allein, so seine Überzeugung, dazu braucht es auch einen kleinen Gastronomiebetrieb in unmittelbarer Nähe, „Die Golfspieler müssen nach einer Runde von zirka 90 Minuten etwas trinken und eine Kleinigkeit essen können“, ist er sich sicher.

INVESTIEREN ZWISCHEN TIERPARK, BADEGELÄNDE UND LOKALEN

Da traf es sich gut, dass mitten im Seepark Linzgau, dem Gelände der kleinen Landesgartenschau, die die Stadt Pfullendorf im Jahre 2001 durchgeführt hatte, ein

recht geräumiger, damals vom Land Baden-Württemberg gesponserter Kiosk mit einem großen Gastraum und einem Biergarten vorhanden ist. Dieser Kiosk im eher verlassenen Bereich des Parks war zu wenig frequentiert, als dass sich seine Betreibung durch einen Pächter lohnte. Also stand er bereits seit längerer Zeit leer. Das Werkstätte ist sich sicher: Auch die Stadt Pfullendorf wird von der Anlage profitieren, wenn der hintere Teil des Seeparks mit seinen wunderschönen und für viel Geld angelegten Attraktionen stärker frequentiert wird.

Allerdings stellte die Realisierung eines so umfangreichen Projekts eine große Herausforderung dar. Die Anlage kostet mindestens 350.000 Euro netto. Diese Gesamtsumme stellte die größte Klippe dar, die es zu umschiffen galt. Ferner mussten die Verwaltung der Stadt und der Gemeinderat davon überzeugt werden, als Eigentümer des Geländes die Errichtung der Anlage zu genehmigen.

Doch 2005 öffneten sich viele günstige Zeitfenster für die Verwirklichung des Projekts. Über das Projekt SIG.NET (NETzwerk neue Beschäftigung im Landkreis SIGmaringen), gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds, eröffnete sich

für das Werkstätte eine Plattform, über die sich die Personalkosten abdecken ließen.

Die Stadt Pfullendorf hatte zur Belegung des Seeparks bereits in eine Wasserskiliftanlage investiert, die seit 2005 mit steigendem Erfolg in Betrieb ist. Als weiteres, ehrgeiziges Projekt ist ein Campingplatz geplant. Außerdem liegt direkt am Seepark-Gelände mit dem „Jägerhof“ ein kleiner Tierpark. Und nicht zuletzt laden das Badegelände und das Seeparkrestaurant zum Verweilen ein. Die geplante Abenteuerolfanlage findet ihren Platz genau dazwischen.

BEITRAG DER DIAKONIE BADEN

Nun standen die Zeichen zur Verwirklichung auf Grün. Immer unter dem Gesichtspunkt, benachteiligten Menschen Beschäftigung zu geben, wurden schließlich vom Werkstätte unter dem Dach von SIG.NET für den Zeitraum von Juni 2005 bis Jahresende 2007 insgesamt 24 Plätze für Langzeit-Arbeitslose geschaffen. Dieses Projekt „Seepark“ umfasst drei Teilbereiche: Ein Drittel der Arbeitslosen ist in der Baugruppe tätig, die zusammen mit einem ebenfalls über SIG.Net angestellten Gartenbauarchitekten und einem Landschaftsgärtner die Abenteueranlage bauen. Weiteren

acht Personen werden Grundqualifikationen im Gastronomie-Bereich vermittelt, indem sie mit einem Team von Anleiterinnen den Kiosk betreiben. Als dritte Gruppe sind acht Menschen der „Grüngruppe“ unter Anleitung eines Arbeitserziehers im Seepark unterwegs, um die städtischen Arbeitskräfte bei der Pflege der Anlage zu unterstützen.



Die Baugruppe des Werkstätte e.V. ist seit Sommer vergangenen Jahres damit beschäftigt, die innovative Anlage entstehen zu lassen.



Bahn 7 Säntis: Der Ball wird am Fuße des Berges über eine Seilbahn auf den Gipfel befördert, läuft über Laufschienen aus Edelstahl einmal um den Berg herum und wird auf die abschüssige Bahn zurückgeleitet.

Fotos: Werkstätte e. V.

Durch SIG.Net waren also die Personalkosten für die Baugruppe, die Kioskgruppe und die Grünpflege abgedeckt und es wurden Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose geschaffen. Der Zuschuss der Stadt, mit dem diese die Unterstützung bei der Grüngruppe im Park honorierte, legte einen Grundstock zur Finanzierung. Die Diakonie Baden übernahm die Planungskosten für die Anlage. Nun mussten noch Sponsoren gesucht werden, um die fehlende Baufinanzierung abzudecken.

HOFFUNGSZEICHEN VIELER PARTNER

„Hierbei haben sich die Firmen der Region sehr aufgeschlossen gezeigt“, freut sich Rüdiger Semet über den großen Zuspruch, den er bei den Firmenchefs für sein Anliegen erfahren hat. Dabei gibt es die unterschiedlichsten Modelle der Unterstützung. Manche Unternehmen nutzen die Abenteueranlage, um für ihre Lehrlinge ein außergewöhnliches Projekt umzusetzen. Andere Firmen spenden Geld, damit Aufträge vergeben werden können. Andere unterstützen das Werkstätte mit Marketing-Maßnahmen. Rüdiger Semet hat auch klangvolle Namen, wie beispielsweise Europas größten Sanitärtechnikkonzern GEBERIT, ins Boot geholt, der mit seinen Auszu-

bildenden die pfiffige Bahn „Wasserspiele“ mit Wasserdampf und einem Regenbogen umsetzen will. Ein weiteres interessantes Projekt ist, dass sich Studenten der Fachhochschule Konstanz der Planung einiger technischer Details der Bahnen angenommen haben. Eine ortsansässige Firma hat einen BA-Studenten abgestellt, um die augen-

fälligste Attraktion der Anlage, das fünf Meter hohe kinetische Kunstobjekt „Verrückte Bälle“ zu planen. „Für den Bau suchen wir allerdings noch Sponsoren“, so Semet, der dieses Objekt erst später im Laufe des Jahres 2007 verwirklichen will.

Nun steht die Anlage also kurz vor der Fertigstellung. Dann wird sich herausstellen, ob das Ziel, durch die Anlage neue Arbeitsplätze dauerhaft zu schaffen, erreicht werden kann. „Wir haben das Jahr 2007 noch zum Ausprobieren, weil so lange die Personalkosten noch gesichert sind.“ Rüdiger Semet ist zuversichtlich, ein erfolgreiches Konzept entwickeln zu können.

Am Samstag, 12. Mai findet die Eröffnung mit den geladenen Gästen, u.a. aus Politik und Diakonie, statt. Der Start soll zudem mit einer Eröffnungswoche markiert werden, die von Sonntag, 13. Mai, bis Sonntag, 20. Mai, vielerlei Programm bieten wird. <<

» NÄHERE INFOS

über Deutschlands verrückteste Abenteuer-Golfanlage finden Sie unter www.seepark-golf.de. Das diakonische Sozialunternehmen Werkstätte e. V. stellt sich unter www.werkstaettle.de vor.

Abhängig erkrankt

Mögliche Interventionen auf dem Land

Abhängigkeitserkrankungen¹ sind auch im ländlichen Bereich weit verbreitet. Die Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren schätzt, dass in Deutschland 2,5 Millionen Menschen mit Alkoholmissbrauch, weitere 1,5 Millionen Menschen mit Alkoholabhängigkeit sowie ungefähr 1,5 Millionen medikamenten- und 300.000 drogenabhängige Personen leben.

Die volkswirtschaftlichen Folgen dieses verbreiteten Phänomens werden auf ca. 20,6 Mrd. Euro jährlich (ohne Kriminalität und intangible Kosten)² geschätzt. Der größte Teil dieses Schadens bezieht sich mit ca. 7 Mrd. € auf die alkoholbezogene Mortalität. Ferner entstehen allen Unternehmen durchschnittlich jährlich Verluste in Höhe von 5 % des Bruttozialproduktes.

Scham ist ein ständiger Begleiter der meisten Formen von Abhängigkeit. Der Autor ist Leiter eines Diakonischen Werkes, das u.a. eine Suchtberatungsstelle unterhält. 2/3 der Klienten dieser Beratungsstelle kommen aus der näheren Umgebung, 1/3 der Klienten nehmen jedoch erhebliche Fahrzeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln in Kauf, obwohl sie eine andere Suchtberatungsstelle in unmittelbarer Nachbarschaft haben. Fragt man in dieser Suchtberatungsstelle nach, kann man erfahren, dass dort wiederum nur ca. 1/3 der Klienten aus unmittelbarer Nähe der Suchtberatungsstelle des Diakonischen Werkes kommen.

Nur cirka 1 bis 2 Prozent der Alkoholabhängigen begeben sich jährlich in eine Entwöhnungsbehandlung, obwohl die meis-

ten Suchtkranken Kontakt zu ihrer Hausärztin bzw. ihrem Hausarzt haben.

VON STATIONÄREN BIS ZU AMBULANTEN THERAPIEFORMEN³

In Abhängigkeit und Sucht hinein führen viele Wege. Aus dieser Erkenntnis (und natürlich aus Kostengründen) hat sich das System der Suchtkrankenhilfe in den letzten Jahren erheblich differenziert und wei-

Ein mittlerer Familienbetrieb in einer Kleinstadt beschäftigt seit Jahren eine Mitarbeiterin in einem für die Existenz des Unternehmens zentralen Bereich. Diese Mitarbeiterin geht in jeder Mittagspause in einen abgelegenen Nebenraum, wo sie regelmäßig hochprozentigen Alkohol konsumiert. Sie selbst ist sich sicher, hierbei noch nie gesehen worden zu sein. Alle Kolleginnen und Kollegen haben sie jedoch heimlich immer wieder beobachtet und machen sich gegenseitig auf ihre Beobachtungen aufmerksam. Über Jahre spricht sie niemand an.

terentwickelt. So sind einige Wege entwickelt worden, die aus der Sucht heraus führen sollen. Suchtkranke müssen nicht mehr – wie es in den 70er Jahren die Regel war – eine 6 Monate⁴ dauernde „Kur“ machen, sondern können innerhalb einer erheblichen Bandbreite ein auf sie zugeschnittenes Angebot wahrnehmen. Die Behandlungsformen variieren: Hier die ambulante Rehabilitation, bei der Arbeitsstelle und Wohnung beibehalten werden und nur in den Abendstunden und nach vorheriger Absprache Therapieeinheiten durchgeführt werden; dort alle Formen von Kombi- oder Intervallbehandlungen (mit einem Wechsel von stationären in ambulante Behandlungsformen und umgekehrt) oder der (klassische) mehrwöchige Aufenthalt in einer Fachklinik. Die Suchtberatungsstellen informieren über das Profil verschiedener Einrichtungen und beraten bei deren Auswahl. Sie verstehen sich als Teil des Hilfesystems und kooperieren mit vor- und nachgelagerten Einrichtungen. Ihre vordringliche Aufgabe ist es, die Motivation zu dauerhaften Verhaltensänderungen zu stärken, Kostenfragen abzuklären und passende Therapieplätze zu finden. Die letzte Entscheidung über den Therapieort liegt beim Kostenträger.

In der Vergangenheit war es schwierig, z.B. einem betroffenen Landwirt oder dem Leiter eines handwerklichen Familienbetriebs überhaupt ein für ihn realisierbares Therapieangebot zu unterbreiten:

Dem betroffenen Landwirt kann inzwischen zum Beispiel im Rahmen einer ambulanten Rehabilitation in Ortsnähe geholfen werden. Hierbei nimmt er an wöchentlichen Gruppentherapiesitzungen in den Abendstunden und gelegentlichen Einzelgesprächen teil, kann jedoch seiner üblichen Tätigkeit nachgehen. Sofern stärkerer Interventionsbedarf erkennbar ist, kann von den Suchtberatungsstellen eine Kombi- oder Intervalltherapie beantragt werden, bei der im Fall einer aktuellen Krise eine stationäre Kurzphase eingelegt wird. In dieser

Zeit kann ihm durch Vermittlung über die Landwirtschaftskammern ein landwirtschaftlicher Betriebsleiter zugeordnet werden, der die Aufgabe hat, den Betrieb bis zur Rückkehr des Betriebsleiters weiterzuführen.

„Sie haben Humor – wie stellen Sie sich das vor? Wenn ich in eine „Kur“ gehe, wer kümmert sich dann um meine Tiere? – Oder kennen Sie eine Klinik, in die ich meine Kühe mitbringen kann?“
(aus einem Gespräch in einer Suchtberatungsstelle)

LAND- UND BETRIEBSADÄQUATE HILFE

Diese weitgehende Differenzierung des Hilfesystems macht es möglich, frühzeitig zu reagieren und dadurch weitere Eskalationen zu begrenzen. Aus diesem Grunde sollten sich, wenn eine Suchtkrankheit vorliegt, Angehörige, Arbeitgeber, Kollegen etc. möglichst frühzeitig an die entsprechenden Suchtberatungsstellen wenden. Zu deren Aufgaben gehört nicht nur die Beratung der unmittelbar betroffenen Suchtkranken, sondern auch die Beratung des Umfelds. Oft gilt es auch, sich als Angehörige zunächst aus eigener suchtbedingter Verstrickung und Co-Abhängigkeit zu lösen, um den erforderlichen konstruktiven Leidensdruck aufbauen zu können.

Arbeitgeber und Betriebs- oder Personalräte sind gut beraten, die Angebote zur Betrieblichen Suchtprävention, die von einigen Suchtberatungsstellen aufgebaut worden sind, ernsthaft auch für ihren Bereich zu prüfen. Sie zielen in der Regel auf den Abschluss einer Betriebsvereinbarung⁵, die in einem Stufenplan ein einheitliches Vorgehen bei auffälligen Verhaltensweisen im Betrieb festschreibt.

Hilfreich sind auch die Selbsthilfegruppen, die ihrerseits die Entwicklung des Systems der Suchtkrankenhilfe entscheidend

„Zu Ihnen komme ich nur, weil ich zu Hause nicht gesehen werden will, wenn ich in eine Beratungsstelle gehe. Sie wissen schon – die Nachbarn. Wenn einer von denen erfährt, dass ich ein Problem mit dem Alkohol habe, habe ich gleich noch 10 andere Probleme am Hals. Das kann ich momentan wirklich nicht auch noch gebrauchen!“

vorangebracht haben. Selbsthilfegruppen führen Betroffene und Familienangehörige zusammen und bieten die Möglichkeit, Erfahrungen untereinander auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Suchtkrankenselbsthilfe und Ehrenamt sind wichtige Säulen im Hilfesystem für suchtkranke Menschen. Allein in Rheinland-Pfalz sind rund 300 Selbsthilfegruppen im Suchthilfebereich tätig, die jährlich von rund 3.000 bis 4.500 Betroffenen und deren Angehörigen besucht werden.⁶

Sie unterscheiden sich zum Teil in ihrer Ausrichtung und Arbeitsweise. Einen Überblick über Selbsthilfegruppen in der Suchtkrankenhilfe in unmittelbarer Nachbarschaft findet man im Internet.⁷

QUALIFIZIERTE ENTGIFTUNG MINDERT „DREHTÜREFFEKTE“

Pro Jahr wird ungefähr jeder 4. alkoholkranke Mensch in Deutschland während eines Aufenthaltes im Allgemeinkrankenhaus entgiftet. Nur ein Bruchteil der Entgiftungen erfolgt in einem psychiatrischen Krankenhaus.

Der rein körperliche „Entzug“ führt jedoch nur in seltenen Fällen zu einer dauerhaften Verhaltensänderung – im Gegenteil: Oft wird der „Drehtüreffekt“ hierdurch nur erhöht. In einer qualifizierten Entgiftung wird die Krise als Chance begriffen und begleitet; hier werden erste psychotherapeutische Erfahrungen ermöglicht, um damit zu einer wirksamen Weiterbehandlung zu motivieren. Bei der Suche nach einer solchen

Einrichtung helfen die Krankenhaussozialdienste, die Gesundheitsämter und die o.g. Suchtberatungsstellen.

AUFMERKSAMKEIT UND CHANCEN DER KIRCHENGEMEINDEN

Etwa 2–3 Millionen Kinder sind in Deutschland direkt von der Suchterkrankung eines Elternteils oder beider Eltern betroffen. Jährlich werden 2.200 alkoholgeschädigte Kinder geboren.⁸ Von den Kindern alkoholabhängiger Eltern entwickeln ca. 33% bis 40% selbst eine substanzbezogene Abhängigkeitserkrankung.⁹ Die Haupterfahrungen dieser Kinder sind gekennzeichnet durch Instabilität, Unberechenbarkeit, Unkontrollierbarkeit, Gewalt (Zeuge und/oder Opfer), Misshandlung, Missbrauch, Vernachlässigung und Verlusterlebnisse.¹⁰ Ihnen sollte – auch im Rahmen der Arbeit der Kirchengemeinden – besondere Aufmerksamkeit und Zuwendung in ihrem Umfeld außerhalb des belastenden Familiensystems zukommen.

Wenn Familiensysteme vor Suchterkrankheiten oft kapitulieren oder sich in Co-Abhängigkeiten verstricken; wenn Arbeitgeber und Kollegium oft lange wegsehen und dann Gefahr laufen überzureagieren; wenn Ärzte oft verschreiben, statt zuzuhören – wer bleibt für Suchtkranke und ihre Angehörigen Ansprechpartner vor Ort?

Die Veranstalter der bundesweiten Suchtwoche 2007 (14.–18.07.) haben wohl auch aus diesem Grunde eine Seite mit Anregungen zum Thema „Die Sonntagspredigt – Alkohol in Gottesdiensten“ in das Internet gestellt:

<http://www.suchtwoche.de/web/veranstaltungen/index.php?id=7>

Den Grund benennen sie so: „Neben den Hausärzten sind es häufig die Pastoren und Pfarrer, die als erste neutrale Personen ein behutsames Gespräch über verantwortungsvollen Alkohol-Konsum einleiten können, wenn der Verdacht auf riskantes Ver-

halten auffällig ist.“ Vorbereitend ist es sicherlich hilfreich, das Thema „Abhängigkeit“ gelegentlich wiederkehrend in Veranstaltungen der Kirchengemeinden zu thematisieren. Ein guter Anlass wäre hier die bundesweite Suchtwoche. Deren Veranstalter werben dafür, das Thema „Alkohol – Verantwortung setzt die Grenze“ in den Sonntagspredigten am 17. Juni 2007 anzusprechen. In der Regel sind Mitglieder von Selbsthilfegruppen bereit, zur Gestaltung eines solchen Gottesdienstes beizutragen.

«

» ANMERKUNGEN

- 1) Von der Weltgesundheitsorganisation wurde der englische Begriff für Sucht (addiction) durch den englischen Begriff von Abhängigkeit (dependence) ersetzt. Er schließt alle seelischen und sozialen Belange mit ein.
- 2) Quelle: Alkoholkonsum und alkoholbezogene Störungen in Deutschland, Schriftenreihe des BMG. Band 128, Nomos-Verlag, 2000
- 3) <http://www.sucht.de/>
- 4) Die Therapiezeiten in den stationären Einrichtungen haben sich erheblich verkürzt. Die Auswirkungen dieser (überwiegend aufgrund des Kostendrucks vorgenommenen) Verkürzung der Therapiezeiten werden in Fachkreisen kontrovers diskutiert.
- 5) Beispiele für solche Betriebsvereinbarungen stellt der Autor auf Anfrage unter Eunicke@diakonie-altenkirchen.de gerne zur Verfügung.
- 6) Nach Angaben des zuständigen Staatssekretärs bei der Suchttagung des Landes im Jahre 2003
- 7) http://www.optiserver.de/dhs_db/dhs-suche.php
- 8) Angela Kalicki bei einem Vortrag bei den 14. Trierer Wochen der Suchtprävention am 27.11.2003
- 9) Klein, Michael, in: http://www.suchthilfemaster.de/documents/addde/Vortrag_MK_Rheine_270906.pdf
- 10) ders., a.a.O.

ERICH LANGE / HERMANN JOSEPH SCHWERBROCK

Die Hospizidee orts- nah verwirklichen

Es war im Jahre 1993, am 27. November. Eine kleine Gruppe von 20 Frauen und Männern gründete – nach einem Jahr intensiver Vorarbeit – die „Hospizinitiative Ahlen e.V.“. Alle waren sie durch ihr persönliches und/oder berufliches Erleben immer wieder mit Sterben und Tod konfrontiert – und alle waren sich einig, dass es so nicht weitergehen konnte ...

„Hospiz“ ist ein altes Wort. Im Mittelalter wurden Pilger in Hospizen beherbergt; Kranke und Sterbende erfuhren dort Pflege und menschlichen Beistand. Die heutige Hospizarbeit knüpft an diese Tradition an. Sie will Bedingungen schaffen, die es erleichtern, das

Sterben als einen intensiven Teil des Lebens wieder anzunehmen. Das gelingt nur, wenn der existentielle Wunsch der meisten Menschen erfüllt wird, möglichst in vertrauter Umgebung, „zu Hause“, geachtet und in Würde bis zum Tod zu leben.

„Hospize bejahen das Leben. Hospize machen es sich zur Aufgabe, Menschen in der letzten Phase einer unheilbaren Krankheit zu unterstützen und zu pflegen, damit sie in dieser Zeit so bewusst und zufrieden wie möglich leben können. Hospize wollen den Tod weder beschleunigen noch hinaus-zögern. Hospize leben aus der Überzeugung und der Hoffnung, dass sich Patienten und ihre Familien so weit geistig und spirituell auf den Tod vorbereiten können, dass sie bereit sind, ihn anzunehmen. Voraussetzung hierfür ist, dass eine angemessene Pflege gewährleistet ist und es gelingt, eine Gemeinschaft von Menschen zu bilden, die sich der Bedürfnisse der Sterbenden verständnisvoll annimmt.“

In Großbritannien war es vor allem Cicely Saunders, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen anderen Umgang mit schwerer Krankheit, Sterben, Tod und Trauer praktizierte und propagierte, aber auch in Polen, vom „Westen“ damals kaum wahrgenommen, griff diese Idee Raum. Und aus der ‚Hospizinitiative Ahlen‘ wurde, von zahlreichen Menschen gefördert und unterstützt, 1998 die „Hospizbewegung im Kreis Warendorf e.V.“, in der sich die auch in anderen ländlichen Orten und Städten des Kreises mit Hilfe der Ahlener Initiative entstandenen Hospizgruppen zusammenschlossen.

LEBENSHALTUNG UND POLITIKUM

Heute sind es 10 Gruppen in 10 Städten und Gemeinden des Kreises Warendorf; aus der kleinen Schar der etwa 20 Gründungsmitglieder ist nun ein Verein mit 845 Mitgliedern gewachsen, von denen etwa 200 ehrenamtlich aktiv sind als Hospizhelferinnen und -helfer, bei der Arbeit im Koordinationsbüro, als Multiplikatoren in der Bildungs-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit. Das ist ein Zeichen dafür, dass der Hospizgedanke in vielen Orten unseres Landkreises Menschen bewegt hat: Menschen, die wahrnehmen, dass schwere Krankheit, Sterben, Tod und Trauer in unserer Gesellschaft tatsächlich verdrängt werden.

Der Hospizgedanke bewegt Menschen, mit diesen Fragen anders umzugehen. Darum ist Hospiz nicht zuerst ein Haus, ein Verein, eine soziale Institution, sondern eine Haltung und eine Lebensanschauung, die versucht, die verschiedensten Lebenserfahrungen und Lebensabschnitte von Menschen, auch das Kranksein, auch das Sterben, neu in den Blick zu bekommen und zu begleiten. Es ist die erste und wichtigste Aufgabe der ‚Politeia‘, des Gemeinwesens, die unantastbare Würde der Menschen zu schützen und zu fördern, gerade auch in den Phasen des Lebens, in denen Menschen Begleitung und Hilfe brauchen und einfordern dürfen. So gesehen ist die Hospizbewegung auch ein „Politikum“ und will gern ihren Beitrag dazu leisten.

1994 war für die „Hospizinitiative Ahlen“ ein Jahr der Vorbereitung zur Begleitung. Sie zielte darauf, sterbenskranken Menschen und ihren Angehörigen Hilfen anzubieten, um aktiv am Leben teilzunehmen und ein würdevolles Leben bis zuletzt zu ermöglichen. Im Jahr darauf begannen die ersten Begleitungen. Dass ein starkes ambulantes Angebot für Hospizarbeit unerlässlich ist, wurde schnell deutlich. Der Verein nahm diese Erkenntnis ernst und verstärkte seine öffentliche Präsenz durch Angebote von Begleiterkursen, Themenabenden und Vorträgen.

Im ambulanten Hausbetreuungsdienst steht die zwischenmenschliche, psychosoziale Sterbebegleitung und die Unterstützung in der Pflege im Vordergrund. Er arbeitet mit den Angehörigen, den (Haus-)Ärzten und den Pflegediensten zusammen. So soll erreicht werden, dass eine dem Schwerkranken und seinen Angehörigen vertraute Person jederzeit erreichbar ist und der Sterbende vor dem Gefühl des Alleingelassenseins bewahrt wird.

Weiterhin bemüht sich der ambulante Hausbetreuungsdienst mit den anderen Diensten um eine gute palliative Versorgung der kranken Menschen. „Durch ein hohes Maß an Zuwendungspflege und mögliche Schmerzfreiheit wird eine Alternative gebo-

ten zu der in unserer Gesellschaft wachsenden Bereitschaft, aus Angst vor Schmerzen, Unfähigkeit zur Selbstbestimmung und Einsamkeit Tötungs-Endlösungen zu wählen. Die Hospizbewegung lehnt daher die „Sterbehilfe“, d.h. die Tötung auf Verlangen, in jeder Art und Weise ab.“

HOSPIZARBEIT ZIEHT KREISE

1996 wurde der Antrag zur Teilnahme am ersten Projektnetz des Vereins „Alter und Soziales“ in Ahlen zur Förderung der ambulanten Begleitung Schwerstkranker und Sterbender auf den Weg gebracht. Doch ein stationäres Hospiz blieb noch Zukunftsvorstellung. Mit zwei hauptamtlichen Mitarbeitern und großem Engagement der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer konnte in diesem ersten Modellprojekt, gefördert vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, eine Ausweitung der ambulanten Arbeit ermöglicht werden.

Diese ambulante Hospizarbeit zog Kreise. 1997 wurde die Hospizgruppe Bekkum aufgebaut. Die Nachfragen nach Begleitungen stiegen. Informationsveranstaltungen in Gruppen, Vereinen, Pfarrgemeinden und Fortbildungen bei Mitarbeitern von Einrichtungen prägten dieses Jahr. Auf Bekkum folgten 1998 und 1999 drei weitere Ortsgruppen. 2001 existierten bereits 9 Gruppen.

Das erste Projektnetz wurde abgeschlossen – und damit begann eine Zeit des Wartens. Denn das zweite Projektnetz war auf den Weg gebracht: Erste Schritte für ein stationäres Hospiz wurden konkret. Für den Kreis Warendorf sollte es im Kloster St. Michael in Ahlen entstehen.

Endlich kam der Bewilligungsbescheid des BMG. Die Hospiz St. Michael gGmbH wurde gegründet. Die „zweite Säule“ der Hospizarbeit, ein stationäres Hospiz als Ergänzung der ambulanten Hospizarbeit, konnte mit Hilfe eines zweiten Teilprojektes verwirklicht werden. Das, was 1993 ein fernes Ziel, manchmal fast unerreichbar schien, wurde nun Realität. Eine Realität, die

der Verein mit einem freudigen „endlich ist es soweit“ begrüßte, die ihn aber andererseits auch seitdem in die Pflicht nimmt, den begonnenen Weg mutig weiterzugehen.

In einem wunderschönen Parkgelände entstand im Kloster St. Michael ein modernes Haus mit sechs liebevoll eingerichteten Zimmern, das am 31.8.2001 eröffnet werden konnte. Die Einrichtung ist in hellen freundlichen Farben gehalten. Mitte des Hauses ist ein offener Aufenthaltsraum im Stil einer großen Wohnküche. Der ganze Komplex ist ebenerdig; jedes Zimmer hat eine eigene Terrasse.

DAS STATIONÄRE HOSPIZ – OFFEN FÜR ALLE

Das „Hospiz St. Michael“, offen für den Sterbenden und sein persönliches Lebensumfeld, seine Angehörigen und Freunde, will ein Leben „wie zu Hause“ ermöglichen. Für die Aufnahme unserer Gäste ist nicht die Diagnose das entscheidende Kriterium, sondern die besonderen Umstände der Situation.

Die Angehörigen des Hospizgastes sind jederzeit willkommen.

Das Hospiz St. Michael ist grundsätzlich offen für alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Rasse, Abstammung, Heimat, Herkunft, Sprache, Glauben, politischer Anschauung, Einkommen und Vermögen. Der Hospizgast bestimmt seinen Tagesablauf selber; seine Wünsche stehen im Vordergrund.

Ein Team aus erfahrenen Pflegekräften, psycho-sozialem Dienst, Hauswirtschaft und Ehrenamtlichen sorgt sich um die Gäste. Die ärztliche Betreuung erfolgt im Regelfall über den jeweils behandelnden Hausarzt. Das Hospiz stellt sicher, dass für den Fall fehlender eigener Möglichkeiten alle notwendigen Dinge des Alltags erledigt werden, und gewährleistet Kontinuität in der Betreuung. Hierzu gehört, dass rund um die Uhr kompetente Kräfte des Teams präsent sind. Ebenso gehört dazu, dass die Fürsorge des Teams für die Angehörigen nicht mit dem Tod des geliebten Menschen endet.

Für die Investitionskosten wurden von

der Hospizbewegung im Kreis Warendorf über 20 % durch Eigenleistungen und Spenden aufgebracht.

Die laufenden Kosten werden refinanziert durch die Rahmenvereinbarungen zur Umsetzung des § 39 a (stationäre Hospizarbeit) im Sozialgesetzbuch V. Danach muss der Träger des Hospizes 10 % des mit den Kranken- und Pflegekassen verhandelten Bedarfssatzes als Eigenanteil aufbringen. (Der derzeitige Bedarfssatz liegt bei 226,34 €; Stand 1/2007.) Dies geschieht in Form ehrenamtlicher Mitarbeit und durch Spenden. Die restlichen 90 % des Bedarfssatzes werden anteilig finanziert durch Krankenkassen, Pflegekasse (je nach Pflegestufe) und einen Eigenanteil des Hospizgastes.

Für eine dauerhafte Sicherung der Finanzierung sind die Hospizbewegung und das Hospiz auf eine kontinuierliche Unterstützung angewiesen.

VIELE KONTAKTERFORDERNISSE

Die begonnene Arbeit wurde weiter ausgebaut. Gerade im ambulanten Hospizdienst nahmen die Anfragen zur Begleitung ständig zu. Hinzu kamen aber auch die Anfragen an Beratungen zum Thema Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Durch die ständige Präsenz in der Öffentlichkeit, durch die Aktivitäten der Ehrenamtlichen in den Hospizgruppen und der hauptamtlichen Koordinatoren wuchs ein neues Bewusstsein für die Themen Sterben, Tod und Trauer.

Im Kreis Warendorf mit seiner ländlichen Struktur war dies kein einfacher Weg. Insgesamt gibt es hier 13 Städte und Gemeinden; viele davon haben mehrere eingemeindete Ortsteile mit bis zu 5000 Einwohnern. Somit war es wichtig, zu vielen Strukturen den Kontakt aufzubauen. In erster Linie waren dies die Haus- und Krankenhausärzte, die ambulanten Pflegedienste und die katholischen und evangelischen Kirchengemeinden.

Mit einem umfangreichen Jahresprogramm und Veranstaltungen in 10 Städten

und Gemeinden wurden viele Menschen erreicht. Jährlich wurden 3-4 Einführungs- und Aufbaukurse für neue ehrenamtliche Begleiter angeboten; die Anzahl der Fortbildungen für hauptamtlich Tätige in Krankenhäusern, Altenheimen und ambulanten Pflegedienste konnte durch die Koordinatoren erhöht werden.

Der Hospizgedanke wurde so in die Bevölkerung, die verschiedenen Berufsgruppen und Einrichtungen hineingetragen.

Die Betreuung von Schwerkranken und Sterbenden hat sich im Kreis Warendorf verbessert. Doch noch lange konnten nicht alle Menschen erreicht werden. Es gibt auch heute noch Dienste und Einrichtungen, die nicht auf die Unterstützung durch die Hospizbewegung hinweisen, wenn Menschen schwer erkrankt oder sterbend sind. Der Kontakt zur Hospizbewegung oder zum Hospiz löst immer noch bei vielen Menschen Angst aus, da Sterben und Tod für sie ein Tabuthema sind.

Die Hospizbewegung im Kreis Warendorf wird weiterhin daran arbeiten, dass Sterben, Tod und Trauer nicht verdrängt werden, sondern als Teil des Lebens wieder gesehen und angenommen werden. <<

REINER STRUNK

Diakonisches Handeln in ländlichen Bezirken

Ein Projekt in Württemberg

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg initiierte und förderte seit 2001 ein Projekt unter dem Titel ‚Diakonisches Handeln in Kirchengemeinde und Kirchenbezirk‘. Es wurde, nach einer vorangegangenen Ausschreibung, in drei Projektbezirken durchgeführt. Der Projekttitel umschreibt die Intention des Ganzen nur annähernd. Es ging um diakonische Arbeit in Gemeinde und Kirchenbezirk, aber da nun präziser um kooperative Annäherungen zwischen einer mehr oder weniger organisierten Gemeindediakonie und den diakonischen Dienststellen und Einrichtungen im Bezirk, und dies durchaus im ländlichen Raum.

SICH ÖFFNEN UND ZUSAMMENWACHSEN

Es sollte versuchsweise einer unguten allgemeinen Entwicklung entgegengesteuert werden, bei der die einzelnen Kirchengemeinden ihre diakonische Dimension zu verlieren drohten und umgekehrt diakonische Einrichtungen und Dienststellen ihren Fuß kaum noch auf den Boden der Gemeinden brachten. Hinweise waren genug darauf vorhanden, dass die Einrichtungen und Dienststellen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zunehmend auf das ‚Fußvolk‘ der Ehrenamtlichen angewiesen waren und dass genauso die diakonisch Aktiven in den Gemeinden mehr professionelle Begleitung brauchten. Es sollten also, der Projektidee nach, Initiativen ergriffen werden, damit näher zusammenwachsen, was bei der diakonischen Gesamtaufgabe im Bezirk zusammengehört: mehr gegenseitige Wahrnehmung, bessere Ausschöpfung vorhandener

Ressourcen, durchsichtigere Organisation, praktikable Vernetzung.

Die Schwierigkeiten, die dem Unternehmen im Wege stehen würden, lagen auf der Hand. Die Zeit geringerer Finanzmittel samt reduzierter Personalstellen war längst angebrochen und ließ für solche Projekte ‚von oben‘ leicht den Verdacht kirchenleitenden Kompensationsverhaltens aufkommen. Das Misstrauen war also erst einmal lebhafter als die Begeisterung mitzumachen. Hinzu kam die bekannte Beharrungskraft von Organisationen, die sich vor allem gegen Reformansinnen von außen gern zur Wehr setzen. Und nicht zu vergessen: das mittlere Selbstverständnis der einzelnen Kirchengemeinden, dem eine Revision gleich in doppelter Richtung zugemutet wurde, nämlich die Öffnung zu betreiben für eine organisierte Gestalt diakonischen Handelns und eine Öffnung zu betreiben über die Orts- und Gemeindegrenzen hinaus zum Kirchenbezirk.

ERMITTELN UND MITNEHMEN

Mit einem ersten Schritt musste also nach Möglichkeit erreicht werden, dass sich in den Projektbezirken paritätisch besetzte Steuerungsgruppen bildeten. Denn wer bei der Planung nicht beteiligt war, würde nachher auch bei der Durchführung kaum mitspielen wollen. Also war zuallererst Motivationsarbeit fällig, und die kostet nun einmal Zeit und Geduld. Den Gemeinden war zu signalisieren, dass keineswegs die Auffassung bestand, sie lebten unaufmerksam an allen ihren diakonischen Aufgaben vorbei. Dass da in vielen Gemeinden vieles geschieht, in Besuchsdiensten, Krankenbetreuungen, Altenhilfe, auch in der Kontaktnahme zu Aussiedlern, Asylbewerbern und Ausländern, stand überhaupt nicht zur Debatte. Aber es ist in der Regel wenig koordiniert und hängt oft genug am persönlichen Engagement Einzelner. Wo die dann ausfallen, bricht der betreffende diakonische Zweig einfach ab. – Auf der anderen Seite war den diakonischen Dienststellen und Einrichtungen die Sorge zu nehmen, sie könnten mit zusätzlichen Aufgaben belastet werden, wo sie die alten einigermaßen zu schultern bereits Mühe genug hatten.

Die Projektziele, die nun von den einzelnen lokalen Projektgruppen verfolgt werden sollten, sind anfangs mit Absicht recht offen formuliert worden. Sie betrafen die Bildung vernetzter diakonischer Aktivitäten, unter Einbeziehung diakonischer Bezirkeinstellen und Einrichtungen und verschiedener Berufsgruppen im Diakonat. Diese Vorgaben sollten nichts festlegen, sondern den Gremien und Arbeitsgruppen vor Ort die Chance lassen, den jeweiligen diakonischen Bedarf im Bezirk zu ermitteln und Maßnahmen zu erkunden, wie er gedeckt werden könnte. Gescheitert wäre auf jeden Fall eine Strategie, die ein mehr oder minder komplettes Konzept diakonischen Handelns auf den Tisch gebracht und nur noch seine praktische Umsetzung zur Diskussion gestellt hätte. Freilich, der offene Einstieg führte auch nicht gleich zu Ergebnissen,

mit denen irgendetwas zu glänzen vermocht hätte. Er führte vielmehr auf einen holprigen Weg mit manchen Verzögerungen und Rückschlägen. Wenn kein fertiger Plan durchgepaukt wird, sondern alle Beteiligten mitkommen sollen auf der Strecke, bestimmen die Unentschlossensten und Zögerlichsten das Tempo.

VERBINDEN UND GEWINNEN

Im Projektbezirk Bad Urach – Reutlingen – Münsingen mit seinem großen ländlichen Raum war die Ausgangslage besonders delikat, aber im Sinn der Projektidee auch typisch. Denn hier hatten drei Kirchenbezirke den Verwaltungskraftakt zu einem gemeinsamen Diakonieverband unternommen. Dafür gab es zweifellos gute organisatorische Gründe. Aber es meldete sich zugleich die Befürchtung, der große diakonische Dachverband werde sich hoch über die Ebenen der Gemeinden erheben und die Diakonie zu einem Apparat werden lassen, der ziemlich anonym bleibt und die Menschen vor Ort wenig berührt. Eine problematische Diakonievergessenheit in den Gemeinden könnte damit durch Verwaltungsmaßnahmen noch einmal verstärkt werden. Man erkannte das Problem und suchte nach Abhilfe im Rahmen des landeskirchlich angebotenen Projekts. Aber die Dinge kamen mühsam in Gang und litten auch unterwegs immer wieder an Zähflüssigkeit. Dafür darf keineswegs mangelndes Interesse beteiligter Personen verantwortlich gemacht werden; es liegt eher in der Natur der Sache selber, dass sich alle Größen (Verband, Einrichtungen, Dienststellen, Gemeinden) erst dann zu bewegen anfangen, wenn sie in den gemeinsamen Prozeduren allmählich entdecken, was sie selber gewinnen können. Das ist im Zuge solcher Kooperationsprozesse nicht nur menschlich, sondern auch berechtigt. Aber es braucht Zeit und nachhaltiges Verfolgen der vorgegebenen Linie.

Erste Ergebnisse fielen denn auch bescheiden aus. Man wollte Gemeindebüros zu „Schaufenstern der Diakonie“ machen,

fachliche Begleitung für bestimmte diakonische Projekte in den Gemeinden einrichten und zur „Entwicklung eines diakonischen Bewusstseins in den Gemeinden“ (Dokumentation S.13) beitragen.

STARTEN, ETABLIEREN, VERLÄNGERN

Geradezu spannend wird nun aber die Beobachtung, dass das Anliegen einer diakonischen Zusammenarbeit im genannten Projektbezirk dann einen neuen Schub erhielt, als die begrenzte Projektzeit von zwei Jahren bereits abgelaufen war. Jetzt wurde eine neue Runde mit den alten Zielen eingeleitet. Dahinter steckte sicher der Stachel, dass die Ergebnisse aus der ersten Projektphase schwerlich befriedigen konnten. Man hätte daraufhin, sei es mehr enttäuscht oder mehr erleichtert, aufhören können. Experiment gescheitert, alles wie gehabt. Aber man tat es nicht. Man hielt fest an den Zielen, die als richtig erkannt worden waren. Und man suchte neue Wege, sie zu realisieren. Die ganze Projektphase vorher mit ihrem eher zähen Verlauf und ihren kleinen Resultaten war deswegen aber keinesfalls umsonst. Und es wäre unsinnig zu sagen, man hätte sich diese Zeit getrost schenken können. Nein, diese Zeit und die gemeinsamen Suchbewegungen in dieser Zeit waren wohl unumgänglich. Sie bereiteten das Terrain, auf dem nun nochmals angefangen – und eben nicht bei Null angefangen – werden konnte; nämlich ein dreijähriges Projekt zu starten, wiederum unter dem Titel „Diakonisches Handeln in Gemeinden und Kirchenbezirken“. Im Bericht darüber heißt es (Dokumentation S.14):

„Die Anstellung einer Mitarbeiterin mit 50% Deputat schaffte die Voraussetzung für dieses Projekt. Es folgte eine Ausschreibung an alle Gemeinden, sich über die Projektmitarbeiterin Unterstützung, Anleitung für diakonische Projekte in der Kirchengemeinde zu holen.

Parallel wurde der Aufbau und die Begleitung von Diakoniebeauftragten auf Kirchenbezirksebene eingeleitet.

Nach zweijähriger Laufzeit ist das Projekt etabliert.

Ein diakonischer Grundkurs wurde entwickelt und für die Diakoniebeauftragten angeboten. Begleitung und Beratung von neuen Besuchsdiensten, aber auch von Begegnungsmöglichkeiten für Gemeinde und Randgruppen wurde überlegt.

Das Projekt ist bis heute so erfolgreich, dass der Diakonieverband Reutlingen entschieden hat, das Projekt um ein Jahr bis Mai 2008 zu verlängern.“ «

» HINWEIS

Die Dokumentation „Diakonisches Handeln in Kirchengemeinde und Kirchenbezirk“ finden Sie als Text zum Downloaden unter <http://www.kirche-gestalten.de/assets/9118.pdf>

» I M P R E S S U M

Herausgegeben im Auftrag des Ausschusses für den Dienst auf dem Lande in der Evangelischen Kirche in Deutschland (ADL) vom

Redaktionskreis:

Anemone Bekemeier, Bad Saarow; Clemens Dirscherl, Hohebuch; Willi Heidtmann, Bielefeld; Werner-Christian Jung, Altenkirchen (Schriftleitung); Ute Rönnebeck, Düsseldorf; Dieter Sonntag, Altenkirchen (Geschäftsführung)

Verlag und Redaktion:

Evangelische Landjugendakademie
Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen/Ww.
Telefon 026 81/95 16-0, Telefax 026 81/7 02 06; E-Mail: kilr@lja.de

Satz: www.bauwerk-design.de, c. liersch

Druck: Mühlsteyn-Druck, Weiselstein 2, 57580 Elben

Die Zeitschrift »Kirche im ländlichen Raum« erscheint vierteljährlich.

Jahresabonnement:

Inland: € 15,00 inkl. MwSt. und Porto; Ausland: € 18,00 inkl. MwSt. und Porto; für Auszubildende und Studenten (mit Beleg): € 10,00; Einzelheft: € 4,50 zzgl. Porto

Bestellungen an den Verlag. Probeexemplare können auf Wunsch zugeschickt werden. Kündigungen sind sechs Wochen vor Jahresende schriftlich mitzuteilen. Manuskripte, redaktionelle Mitteilungen, Rezensionsexemplare werden an die Redaktion erbeten. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

www.lja.de/angebot/kirche.htm

WILLI HEIDTMANN

FÜRBITTE UND STABILE SEITENLAGE

Wo gibt es das sonst? Eine Gruppe von Menschen - manchmal nur zwei oder drei, manchmal über hunderttausend Personen - besinnt sich Sonntag für Sonntag und weltumspannend auf die Not in der Welt. Es geschieht nicht abstrakt, das Leid bekommt ein Gesicht, es wird beim Namen genannt. Menschen wenden sich für den nahen und fernen Nächsten an Gott; sie beten für ihn um Hilfe und Heil.

Auch wer mit seinen Gedanken vielleicht noch ganz woanders ist, wird in den Sog der Fürbitte mit hineingezogen. Vielleicht wird ihm dabei bewusst, er oder sie könnte selbst einmal der Fürbitte bedürfen. Und fürbittendes Begleiten tut immer gut, es verwandelt Menschen in Geschwister.

Solches Gebet, ist für den Gottesdienst ebenso konstitutiv wie die Kollekte. Hier ereignet sich Diakonie in der Mitte der Gott lobenden und feiernden Gemeinde. Aus dieser tiefen Überzeugung haben die Bodelschwingshs und andere Männer und Frauen gelebt und gehandelt, große diakonische Werke geschaffen und dabei vor allem ländliche Gemeinden in die Pflicht genommen, um den Liebesdienst an Armen und Kranken tun zu können. Auch so haben sie den Gemeindeaufbau auf dem flachen Land gefördert und regionale Erweckungsbewegungen beflügelt.

Im 21. Jahrhundert sind die Impulse der Diakonie auf das gemeindliche Leben schwächer geworden. Hat doch der Staat viele Aufgaben übernommen und weiter ausgebaut. Übrigens, der jüngere Bodelschwingh wollte diese Entwicklung nicht gutheißen. Er befürchtete, dass die Diakonie zunehmend in die Abhängigkeit des Wohlfahrtsstaates gerät. Heute sind nun staatliche Sozialsysteme unter Druck geraten und damit stoßen auch diakonische Einrichtungen an Grenzen.

Was ist zu tun? Sollen diakonische Einrichtungen abgebaut werden? Besinnen wir uns auf das Gleichnis vom barmherzigen Samariter: Am Straßenrand ist schnelle Hilfe nötig, es kommt auf Minuten an. Aber die ersten kümmern sich nicht um das Opfer. Endlich kommt einer, packt zu und leistet Erste Hilfe und mehr.

Es muss also jemand da sein, der die Not wahrnimmt und Hilfe leistet, die ihn nicht überfordert.

Dazu reicht heute ein Handy und die Fähigkeit, einen Verletzten in eine stabile Seitenlage zu bringen. Für die Hilfe selbst gibt es qualifizierte Helferinnen und Helfer.

Für die Wahrnehmung des Hilfebedarfs vor Ort braucht es die Kirchengemeinde. Das ist bei allen Kirchenreformen zu bedenken. Gegebenenfalls geht nicht nur ein Kirchengebäude verloren, sondern auch ein Ort des Gebets. Sicher, mit Kreativität lassen sich auch Gottesdienst und Gebet in ländlichen Strukturen anders als bisher gestalten. Das gilt mindestens ebenso für eine hochwertige diakonische Versorgung der Landbevölkerung. Nicht Rückzug der Diakonie kann die Devise sein, sondern mindestens ‚stabile Seitenlage‘ im ländlichen Raum. <<

EKD-Agrarbeauftragter bei Anhörung von Notre Europe in Paris:

Gesellschaftsethische Anfragen an die Landwirtschaft im Horizont künftiger agrarpolitischer Orientierung

Paris. Anlässlich eines internationalen Symposiums von Notre-Europe in Paris zu den künftigen Rahmenbedingungen europäischer Agrarpolitik hat der Agrarbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Dr. Clemens Dirscherl, die Landwirtschaft aufgefordert, sich mit dem gesellschaftlichen Wertewandel auseinanderzusetzen. Dabei sprach er sich zum veränderten städtischen Blick auf Ernährung, Kulturlandschaft und Umwelt für mehr Ernsthaftigkeit gegenüber gesellschaftsethischen Anliegen von Seiten der Landwirtschaft aus. Solche Anfragen dürften nicht nur abgeblockt oder in schnellen, öffentlichkeitswirksamen Aktionen des Berufsstandes aufgegriffen werden.

Gegenüber klassischen umweltpolitischen Anliegen würden unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie dem demografischen Wandel, neuen Haushaltsstrukturen und dem Bedürfnis nach sozialer Orientierung in einer unübersichtlich gewordenen Welt künftig verstärkt neue Anfragen an die Landwirtschaft gestellt. Dazu zählte er u.a. Anfragen an die Landwirtschaft nach realen Vorteilen der Energie- und Umweltbilanzen einzelner Bereiche nachwachsender Rohstoffe. Zudem würden immer stärker auch die Auswirkungen der heimischen Agrarproduktion auf die Nachhaltigkeitsbemühungen in globaler Dimension, insbesondere auch für die Entwicklungsländer, hinterfragt. ju

Rumänisches Landpfarrhaus lädt ein

Stein/Rumänien. Die Evangelische Kirchengemeinde Augsburgischen Bekenntnisses Stein hat in Siebenbürgen in einem ursprünglichen Dorf in den letzten Jahren das ehemalige Pfarrhaus umgestaltet und lädt nun ein dieses Begegnungs- und Bildungszentrum und „das wunderbare Fleckchen Erde gemeinsam mit uns und anderen Menschen zu genießen“.

Gleich ob als Gruppe von Konfirmanden, Jugendlichen, Erwachsenen oder als Einzelpersonen: bis zu 20 Personen können bei sehr geringen Übernachtungskosten das einfache Leben in einem ursprünglichen rumänischen Dorf erleben, – mit Wasser holen in der Dorfmitte, Ofen heizen, Backen im Holzbackofen und mit dem Pferdewagen über Land fahren.

Das Bildungs und Begegnungshaus ist Nagelkreuzzentrum der Community of the Cross of Nails, Coventry.

Nähere Informationen im Internet:

www.begegnungen.org

Oder bei Evang. Kirchengemeinde AB Stein

Biserica Evangelica CA Dacia Nr.331

507111 Stein/Dacia Judetul Brasov/Kronstadt

Frank Roth / Michael Stengel

Die Initiative „Gentechnikfreier Westerwald“ wird fortgesetzt

Altenkirchen. Im November trafen sich 18 Landwirtinnen und Landwirte in der Evangelischen Landjugendakademie, um die Initiative „Gentechnikfreier Westerwald“ zu verlängern. Vor zwei Jahren hatten 14 Betriebe die Initiative begonnen und im Laufe der Zeit weitere ca. 140 Betriebe aus dem Westerwald und vom Mittelrhein zum Mitmachen bewegen können. Die gegenseitige Verpflichtung, auf den Anbau und die Aussaat von gentechnisch veränderten Pflanzen verzichten zu wollen, war damals auf zwei Jahre begrenzt worden. Nach dieser Zeit sollten sich die Bauern und Bäuerinnen wieder zusammensetzen, um über die Verlängerung zu beraten.

Die 18 anwesenden Betriebe haben die Verlängerung um drei Jahre, von 2007 bis 2009, beschlossen. Zu diesem Entschluss hat beigetragen, dass sich bei den angebotenen Pflanzen zur Situation vor zwei Jahren nichts verändert hat. Im Gegenteil, die Probleme in den Ländern, die umfänglich gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen, treten immer deutlicher zu Tage. Die Exporteinbrüche in Kanada und USA sowie die Missernten in China und Indien zeigen, dass die Versprechen der Pharma-Industrie, die gentechnisch verändertes Saatgut anbietet, so nicht zu halten sind.

In den nächsten Wochen werden jetzt alle bisherigen Unterzeichner und Unterzeichnerinnen der bisherigen Selbstverpflichtungserklärung angeschrieben und um ihre erneute Unterschrift gebeten. Die Initiative hofft, dass wieder viele der bisher ca. 150 Betriebe mitmachen.

Hans-Joachim Roos

» Ausblick auf Heft 2 / 2 0 0 7

BLICKFANG ERNTE – ERNTEDANK 2007

- » Zwei Erntedankgottesdienste zu Mt 6, 19 – 23
(Familiengottesdienst und Erwachsenengottesdienst)
- » Neues Erntedanklied und liturgische Stücke
- » Auge und Sehen in Bibel und Theologie
- » Perspektiven des Erntens
- » Das Auge wählt mit – Werbepsychologie
- » Der „böse Blick“
- » Gläserne Produktion in der Landwirtschaft

UNSERE THEMENHEFTE VON A BIS Z:

Abschied und Wandel im Dorf 4/2000 | Im Alter auf dem Lande leben 4/1999 | Anderssein im Dorf – Innensichten, Außensichten 4/2001 | Perspektiven ländlicher Arbeitswelten 1/2000 | Armut 4/1994 | Vom Bauernhof zum Agrarstandort – der künftige Weg 1/1994 | LippenBekenntnis 2/2002 | Soziale Umbrüche – Herausforderung für Seelsorge und Beratung 4/1993 | Dem Land auf der Spur – Bilder, Meditationen, Geschichte SH 1999 | Lebensgrundlage Boden 1/1987 | Vom Weizenkorn zum täglich Brot 3/1997 | Dank und Ernte teilen 3/1996 | Danken – Denken – Handeln. Gottes gute Schöpfung 3/1994 | Zwischen Supermarkt und Direktvermarktung – Erzeuger und Verbraucher 4/1992 | Dorfkirchen 4/2002 | Energien des Landes 1/2005 | Erd-Boden 1/1998 | Ernährung – mehr als Essen 1/1993 | ErnteZeiten – Erntedank 2/2003 | Erntedank-Handreichungen zu den Perikopenreihen ab 1990 | Ernten oder Schätze sammeln? 2/2001 | Erzeuger und Verbraucher zwischen Supermarkt und Direktvermarktung 4/1992 | Vom Acker auf den Tisch: Essen – der Rede wert 2/2006 | Grenzenloses Europa zwischen Erwartungen und Sorgen 1/1997 | Das Dorf und die Fremden – Migration in Europa 2/1993 | Land-Frauen 4/1997 | Fünfzig Jahre Landleben – Aufbau, Wachstum, Grenzen 3/1995 | Gärten – ein Stück Paradies? 1/1999 | Gastgeber Land 3/2000 | Grenzland-Landgrenzen 1/2004 | Die Ernte ins Gebet nehmen 2/2000 | In Generationen leben 4/1987 | Lebens-Gemeinschaften auf dem Lande 4/1998 | Schöpfung aus zweiter Hand – Gentechnologie und Landwirtschaft 1/1991 | Gesegnete Mahlzeit 3/1999 | Globalisierung – Weltmarktethik für Land und Leute 2/1998 | Globalisierung der Landwirtschaft aus christlicher Sicht – eine Streitschrift SH/2000 | Grenzenloses Europa 1/1997 | Siehe, es war sehr gut... 3/1988 | Heil und Aromapflanzen 3/2006 | Hunger und Handel 2/1991 | LandBlicke – Landschaft im Wandel 1/2003 | Land-Kinder 4/1995 | Kirchenleben vom Land, Ökum. Landjournal SH 2001 | Landfrauen 4/1997 | Landjugend 4/2003 | Land-Lernen 2/1997 | LandMann 4/2006 | Lebens-Gemeinschaften auf dem Lande 4/1998 | LippenBekenntnis 2/2002 | Loben, Bekennen, Teilen 3/1990 | Lebenslust 2/2004 | Braucht das Land neue Männer? 4/1990 | Gesegnete Mahlzeit – für alle 3/1999 | Auf der Suche nach neuen Maßstäben 3/1993 | Dem Land auf der Spur – Bilder, Meditationen, Geschichte SH 1999 | Milch-Labyrinth 2/1999 | Tier – Mitgeschöpf oder Produktionsfaktor 2/1987 | Mitgeschöpf Pflanze 1/1995 | Nachhaltigkeit – Ökum. Fragen und Handeln 1/2001 | Entwicklung der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern 2/1992 | Von Bauern, Bildern und Berichten – Landwirtschaft in der öffentlichen Meinung 2/1995 | Aufbruch – Veränderungen in Ost und West 2/1990 | Obst – Früchte des Landes 3/2005 | Land-Pfarrer 4/1996 | Pflegenostand 4/1991 | Psychosoziale Lage – Land des Lächelns 2/1996 | Von Weinstock und Reben 3/2001 | Land zwischen Romantik und Verwertung 1/1996 | Welche Saat geht auf? 3/1992 | Säen, ernten, wundern 3/1998 | Schöpfung aus zweiter Hand – Gentechnologie und Landwirtschaft 1/1991 | Spannungsfeld: Land – Wirtschaft SH 1992 | Welche Stimmen hat das Land? 3/2002 | Tierhaltung und Ethik 2/1994 | Soziale Umbrüche – Herausforderung für Seelsorge und Beratung 4/1993 | Lebensspender Wald 1/2002 | Abschied und Wandel im Dorf 4/2000 | Wasser – Worin sich der Himmel spiegelt 3/2003 | Vom Weizenkorn zum täglich Brot 3/1997 | O wohl dem Land ... – Weihnachten 4/2004 | Wetter-Aussichten 1/2006 | Säen, ernten, wundern 3/1998 | Zucker-süßes Land 3/2004

Bestellbedingungen:

Aktuelle Hefte kosten € 4,50 zzgl. Porto. Ab 5 Hefte erfolgt der Versand frei. (Staffelpreise)
Hefte, die älter als ein Jahr sind, kosten € 2,- zzgl. Porto (Staffelpreise)